

Catrina Schläger, Christos Katsioulis,
Jan Niklas Engels

Analyse der Europawahl 2024 in Deutschland

Mehrheit für die stabile Mitte
trotz starkem rechten Rand

FES diskurs

Juni 2024

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger:innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

FES diskurs

FES diskurse sind umfangreiche Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen sprechen sie wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für die Politik aus.

Über die Autor:innen

Catrina Schläger leitet seit Mai 2021 das Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war sie in verschiedenen Funktionen in der internationalen Abteilung der FES tätig, u. a. als Leiterin des Referats Internationale Politikanalyse und Leiterin des Büros in Shanghai.

Christos Katsioulis leitet das Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien. Zuvor leitete er die Büros der FES in London, Athen und Brüssel.

Jan Niklas Engels ist Referent für Empirische Sozial- und Trendforschung im Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war er in verschiedenen Funktionen im In- und Ausland für die FES tätig, u. a. als Büroleiter in Budapest, Ungarn.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Catrina Schläger, Abteilung Analyse, Planung und Beratung.

Analyse der Europawahl 2024 in Deutschland

Mehrheit für die stabile Mitte
trotz starkem rechten Rand

2 **1 EINLEITUNG**

4 **2 HAUPTERGEBNISSE**

8 **3 WER HAT WEN GEWÄHLT?**

8 Große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

8 Wahlentscheidung nach Altersgruppen

9 Bis auf wenige Ausnahmen: Einheitliches Wahlverhalten von Frauen
und Männern

10 Berufstätigkeit und Bildungsabschluss

12 **4 WAHLKAMPF UND WAHLMOTIVE**

12 Verrohung, Skandale und TikTok

13 Bundespolitik als Hauptwahlmotiv

13 Bestimmende Themen der Europawahl

17 **5 WÄHLER:INNENWANDERUNGEN**

20 **6 AUSBLICK AUF PARLAMENT UND KOMMISSION**

21 Von der Leyen ante portas

22 Gefahr der Melonisierung der europäischen Konservativen

22 Drohende Rückschritte beim Klimaschutz und in der Migrationspolitik

24 Literaturverzeichnis

24 Abbildungsverzeichnis

EINLEITUNG

Die Wahl zum Europäischen Parlament (EP) 2024 war eine Wahl mit gemischten Botschaften. Es gibt keinen europaweit einheitlichen Trend, dafür sind die Ergebnisse in den einzelnen Ländern zu unterschiedlich. Trotz leichter Verluste bilden die demokratischen Parteifamilien nach wie vor die stabile Mitte Europas. Die Europäische Volkspartei (EVP) wird deutlich stärkste Kraft, die sozialdemokratische Fraktion (S&D) bleibt an zweiter Stelle, während jedoch Liberale ebenso wie die Grünen deutlich einbüßen. Allerdings haben die rechten Ränder des Parteienspektrums deutlich hinzugewonnen. Das liegt aber vor allem an drei Gründungsländern der EU: Die Zugewinne der rechten Parteien im Parlament kommen vor allem aus Deutschland, Frankreich und Italien. In Skandinavien und Südeuropa mit Ausnahme Italiens können rechte Parteien nicht in diesem Maß reüssieren. Daher hat die Mitte des demokratischen Spektrums in Europa insgesamt gehalten. Zwischen den dort angesiedelten Parteien gibt es aber signifikante Verschiebungen.

Die deutschen Ergebnisse spiegeln diese europäischen Trends ein Stück weit wider:

- Die Union gewinnt leicht dazu und stabilisiert sich als stärkste Kraft bei der Europawahl.
- Die Ampelparteien bekommen die Unzufriedenheit mit der Regierung zu spüren und verlieren insgesamt, wobei vor allem die Grünen im Vergleich zu 2019 deutlich an Stimmen einbüßen.
- Die SPD wird drittstärkste Kraft und erzielt ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Europawahl.
- Die AfD etabliert sich als feste Größe im deutschen Parteienspektrum. Sie ist dabei nicht mehr nur Ausdruck von Proteststimmen und Unzufriedenheit, sondern findet auch für ihre rechtsextremen Positionen Zuspruch.
- Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) schafft aus dem Stand ein beachtliches Ergebnis und hat das Potenzial, die Linken auch im Bund abzulösen.
- Die kleinen Parteien profitieren noch einmal von der fehlenden Fünf-Prozent-Hürde und steigern ihre Mandatszahl im Vergleich zu 2019.

Die Wahlbeteiligung erreicht in Deutschland mit 64,8 Prozent einen hohen Wert und liegt noch einmal über der Beteiligung von 2019. Erstmals waren bei der Europawahl auch junge Menschen ab 16 Jahren wahlberechtigt. Dies kommt vor allem den kleineren Parteien zugute, die mehr

als ein Drittel der Stimmen aus der Altersgruppe unter 25 Jahren auf sich vereinigen konnten. Im Gegensatz dazu büßen die Grünen bei jungen Menschen deutlich an Zuspruch ein.

Nach der von einer starken proeuropäischen Welle getragenen Wahl 2019 zeichnen sich fünf Jahre später Krisenmüdigkeit und Sorge vor europäischen Turbulenzen bei den Wahlergebnissen ab. Die Wahlperiode war von der Pandemie und ihren massiven wirtschaftlichen Auswirkungen sowie dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, steigender Inflation und zunehmender Sorge um die eigene Sicherheit in Europa geprägt worden. Dies hat das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik erodiert und auch Folgen für die Wahrnehmung Europas. Das lange Zeit überwiegend positive Bild der EU in Deutschland hat sich differenziert und sich damit der Situation in anderen EU-Ländern angenähert.

Der Blick auf die einzelnen Ergebnisse in Europa zeigt, dass der Rechtsruck vor allem ein Phänomen in Frankreich, Italien und Deutschland ist. In diesen drei Ländern konnten rechte Parteien deutliche Zugewinne erzielen, in Polen konnte die PiS-Partei zudem ihr Ergebnis von 2019 halten. Dagegen zeigen sich in den Ländern Skandinaviens, aber auch in Spanien und Portugal die Parteien der demokratischen Mitte gestärkt. Diese Staaten entsenden nur wenige Abgeordnete in die rechten Fraktionen.

Für Ursula von der Leyen stellt dieses Ergebnis Rückenwind für ihre zweite Amtszeit dar. Sie war Spitzenkandidatin der weiterhin stärksten Fraktion, die noch zusätzlich an Stimmen hinzugewonnen hat. Die drei Fraktionen EVP, S&D und die liberale Renew Europe, auf deren Unterstützung sie bislang baute, haben weiterhin eine Mehrheit, die jetzt noch weiter zusammengeschmolzen ist. Da von der Leyen 2019 nur mit einer hauchdünnen Mehrheit gewählt wurde, ist die Versuchung groß, im gewachsenen Lager der Rechtsparteien nach Unterstützung zu suchen. Im Europäischen Rat dürfte von der Leyen ebenfalls mit Unterstützung rechnen können. Das Prinzip der Spitzenkandidatur könnte damit wieder gestärkt werden, nachdem es 2019 vom Rat ignoriert wurde. Aber 2024 stellt sich die Situation anders dar. Emmanuel Macron ist durch das Ergebnis angeschlagen und daher nicht in der Lage, dieses Mal Unterstützung für alternative Kandidat:innen zu mobilisieren. Donald Tusk und Olaf Scholz sind ohnehin schon in enger Zusammenarbeit mit der aktuellen Kommissionspräsidentin, die zudem von Giorgia Meloni unterstützt wird.

Im Europaparlament selbst werden in den kommenden Tagen die endgültigen Kräfteverhältnisse ausgehandelt werden. Denn es ist eine Reihe von Parteien gewählt worden, die bislang keiner Fraktion angehörten, darunter beispielsweise das BSW aus Deutschland. Die Verhandlungen

über ihre Zugehörigkeit werden in den kommenden Tagen an Fahrt aufnehmen. Zudem werden sich vor allem am rechten Rand noch weitere Veränderungen ergeben, nachdem schon vor der Wahl die AfD aus der Fraktion Identität und Demokratie (ID) ausgeschlossen wurde. Die Situation ist offen, sowohl ein breiter Schulterschluss unter den Par-

teien der radikalen Rechten als auch eine Aufspaltung in drei unterschiedliche Fraktionen ist vorstellbar. Das wiederum könnte dazu führen, dass die radikal rechten Parteien trotz der Stimmengewinne am Ende weniger Einfluss im Europaparlament ausüben. ←

2 HAUPTERGEBNISSE

Wie bei den Europawahlen 2019 geht in Deutschland die Union als stärkste Kraft mit 30 Prozent aus der Wahl hervor und kann leichte Zugewinne (1,2 Prozentpunkte) verzeichnen. Die Union wird wie auch 2019 die größte Gruppe der 96 deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament stellen. Die Union ist besonders stark bei den älteren Wähler:innengruppen, hat aber auch Zugewinne bei den Jungwähler:innen. In Westdeutschland schneidet die Union deutlich stärker als in Ostdeutschland ab.

Demgegenüber verlieren alle Ampelparteien: Die SPD wird mit knapp 14 Prozent drittstärkste Partei und verliert gegenüber der letzten Europawahl knapp zwei Prozentpunkte. Ihre besten Wahlergebnisse erhält sie in Bremen, Saarland und Niedersachsen, wo sie auch die Ministerpräsident:innen stellt. Mit Abstand am stärksten verliert die SPD an das Nichtwahllager, aber auch an Union, sonstige Parteien, BSW und AfD.

Herbe Verluste verzeichnen die Grünen. Nach ihrem Rekordergebnis von über 20 Prozent 2019 stürzen sie auf knapp zwölf Prozent ab und sind die Hauptleidtragenden einer abkühlenden proeuropäischen Welle und dem Bedeutungsverlust der Klimapolitik im öffentlichen Diskurs. Die größten Verluste hat die Partei in der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen und damit der Gruppe, in der sie bei der letzten Europawahl am besten abschnitt. Ihre besten

Ergebnisse erzielen die Grünen in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen.

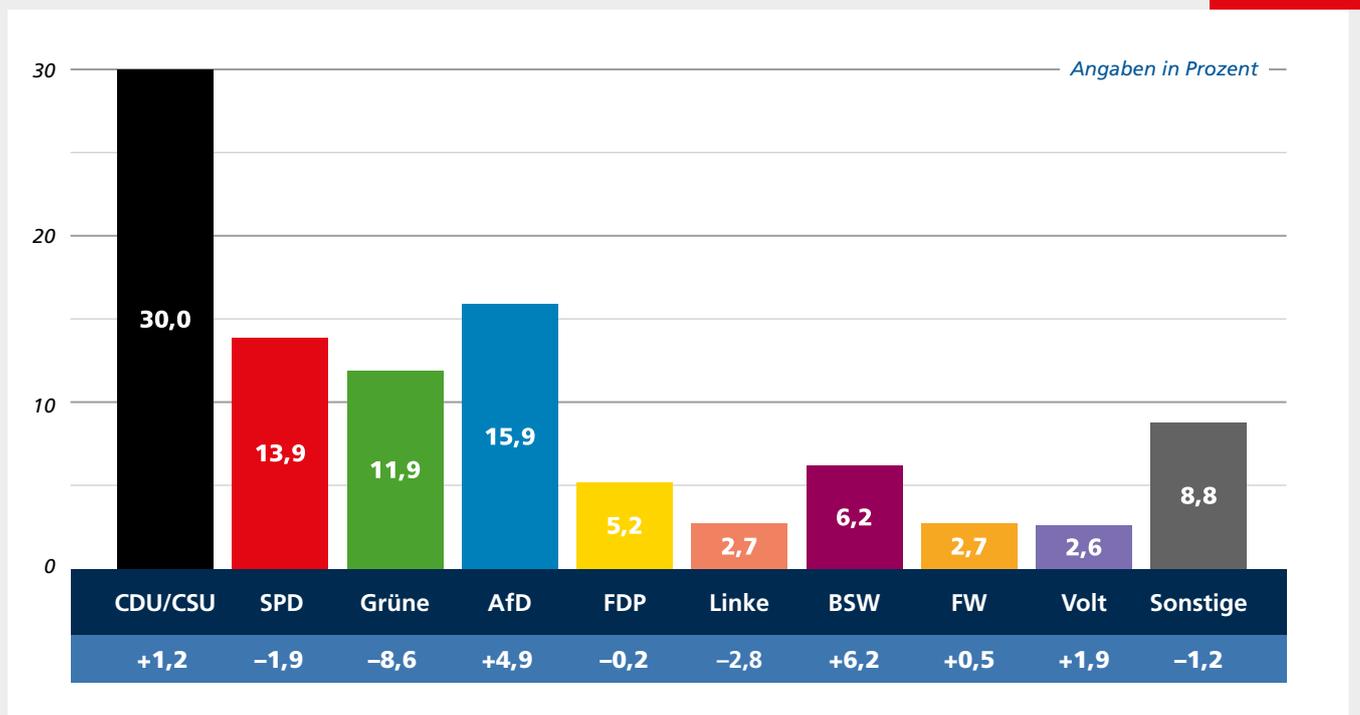
Auch die FDP verliert leicht gegenüber den letzten Europawahlen, kann sich aber bei fünf Prozent halten. Angesichts der schlechten Umfragen im Vorfeld der Wahlen wird dies von ihr selbst jedoch als positives Resultat bewertet.

Eine weitere Verliererin ist die Linke, die auf 2,7 Prozent abrutscht und damit ihr Ergebnis von 2019 halbiert. Die höchsten Verluste erleidet sie im Osten der Republik, ihrem bisherigen Kernland, und gibt viele Stimmen an BSW ab.

Der AfD gelingt es, knapp fünf Prozentpunkte hinzuzugewinnen. Die Partei schneidet mit knapp 16 Prozent als zweitstärkste Kraft ab. In Ostdeutschland ist sie mit knapp 27 Prozent stärkste Kraft vor der Union und kommt in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt auf Wahlergebnisse über 30 Prozent. Ihre größten Zuwächse hat sie bei der jüngsten Altersgruppe. Die besten Ergebnisse erzielt die AfD weiterhin bei männlichen Wählern im berufstätigen Alter mit geringer formeller Bildung, auch wenn sie inzwischen weit in andere Wähler:innengruppen hineinreicht. Zudem erhärten sich die rechtsextremen Positionen in der Wähler:innenschaft: 51 Prozent der AfD-Wähler:innen wählen die Partei aus Überzeugung, nur noch 44 Prozent aus Enttäuschung über andere Parteien.

Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 2024

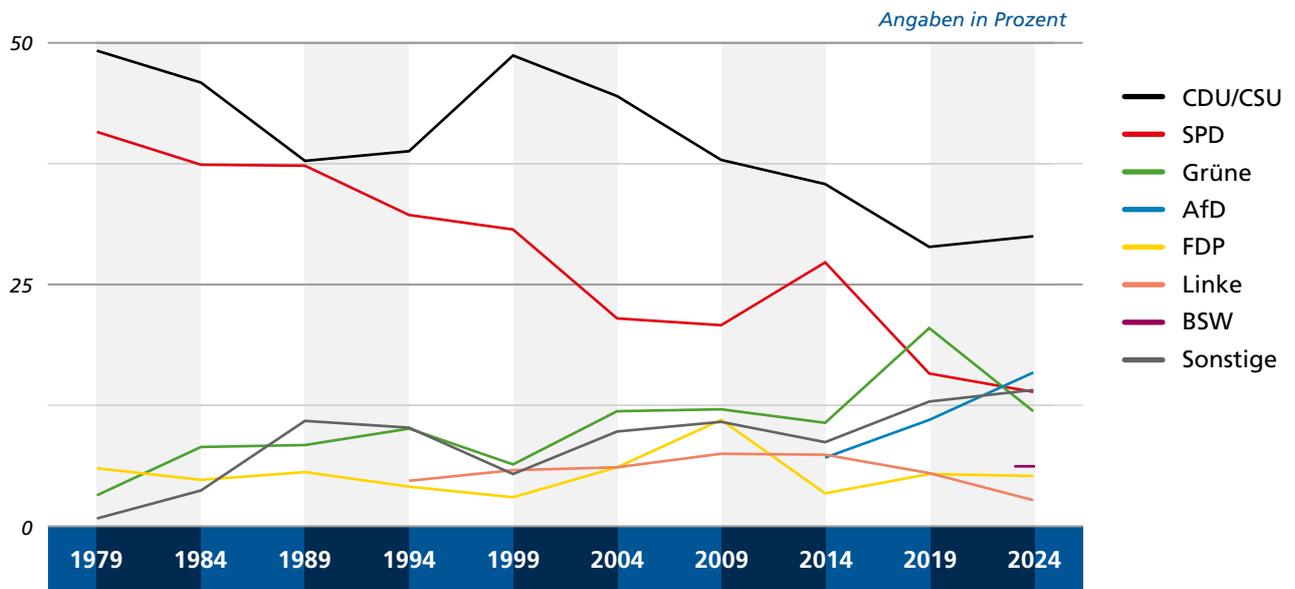
Abb. 1



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024.

Entwicklung Stimmenanteile Europawahlen 1979–2024

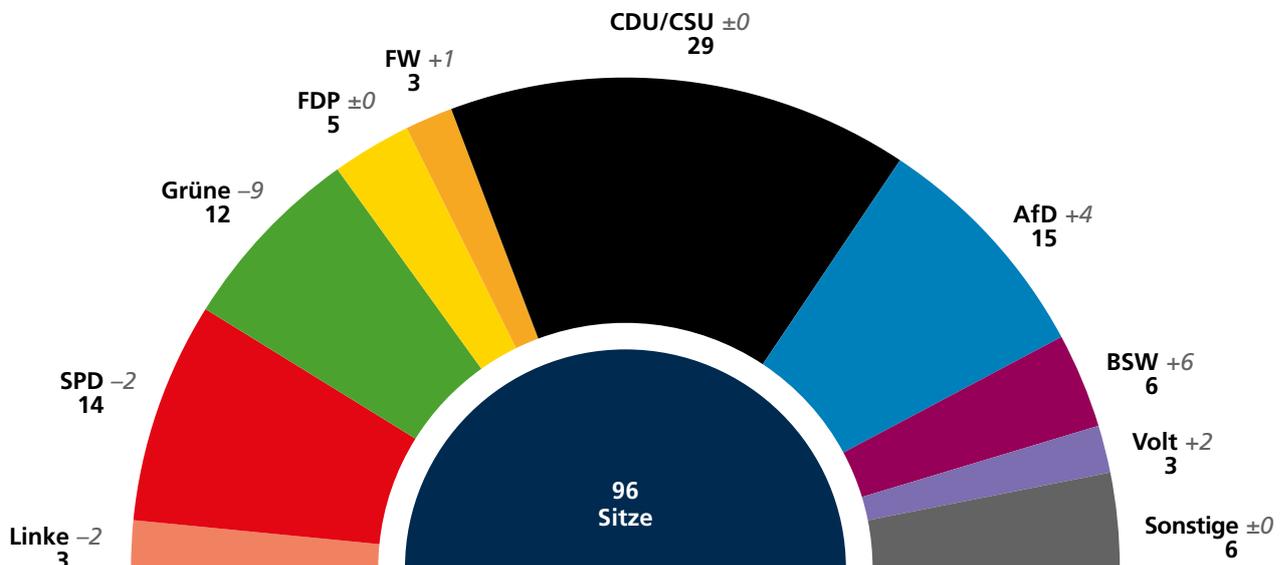
Abb. 2



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024.

Sitzverteilung der deutschen Parteien im Europaparlament

Abb. 3



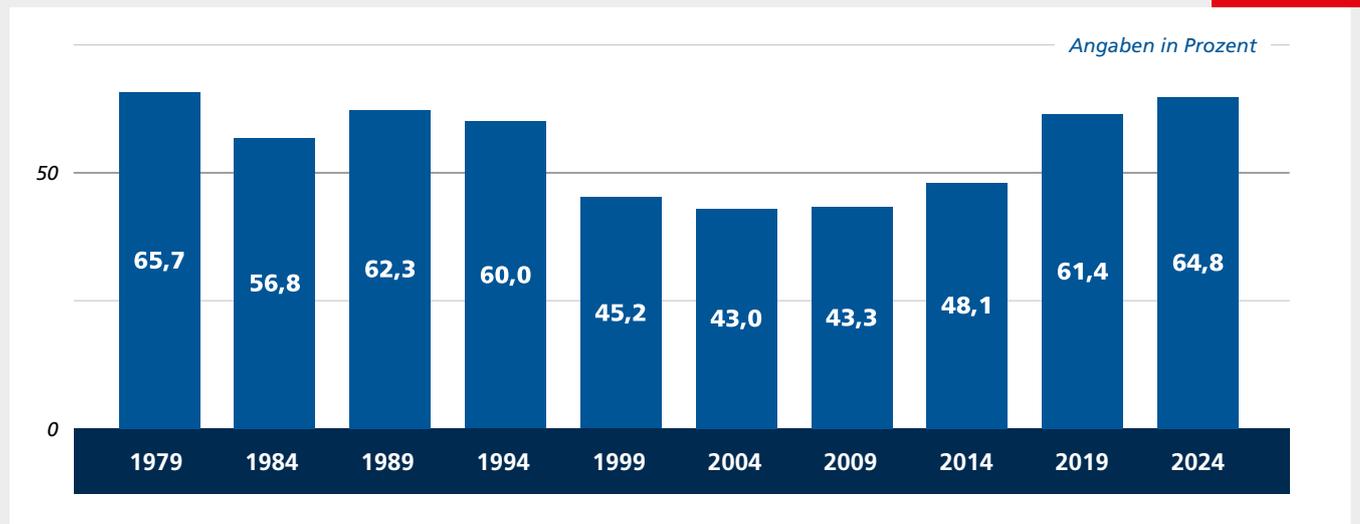
Quelle: Die Bundeswahlleiterin, vorläufiges Endergebnis. Sonstige: Die Partei 2, Tierschutzpartei 1, ÖDP 1, FAMILIE 1 und PdF 1.

Die weiteren Gewinner des Wahlabends sind die sonstigen Parteien. Traditionell schneiden Kleinstparteien bei Europawahlen gut ab, da sie keine Fünf-Prozent-Hürde nehmen müssen. Insgesamt kommen sie auf einen Stimmenanteil von über 20 Prozent, noch mal 7,4 Prozentpunkte mehr als bei den letzten Europawahlen. Ohne diese Fünf-Prozent-Hürde reicht bei den Europawahlen schon etwa ein Pro-

zent der Stimmen für einen Sitz im Parlament. Somit gehen zwölf der 96 in Deutschland vergebenen Sitze an diese kleinen Parteien. Besonders profitieren 2024 die Freien Wähler (FW) und Volt mit jeweils drei Sitzen, Die Partei mit zwei Sitzen sowie Ökologisch-Demokratische Partei, Familien-Partei, Tierschutzpartei und Partei des Fortschritts mit je einem Mandat. Besonders sticht das BSW

Wahlbeteiligung Europawahlen 1979–2024

Abb. 4



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024.

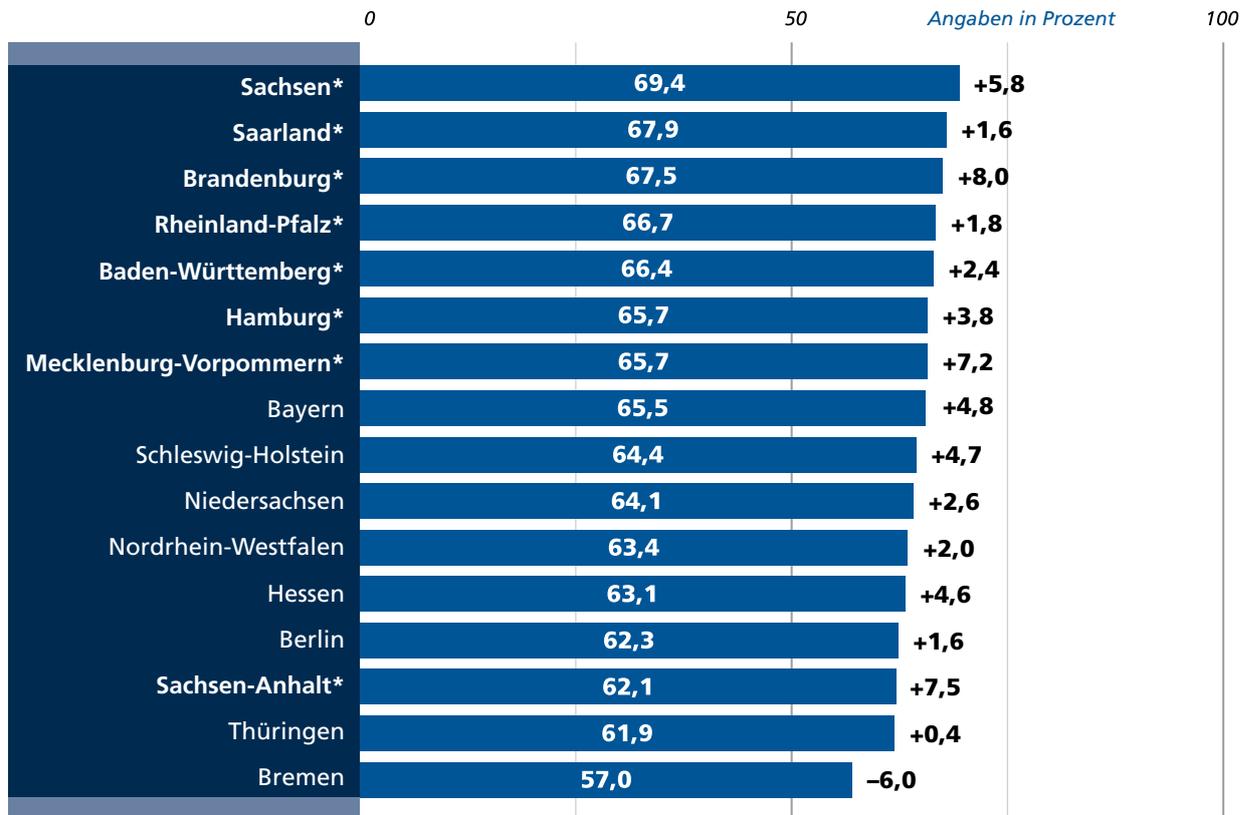
heraus, das aus dem Stand 6,2 Prozent erhält und mit weiteren sechs Sitzen im EP vertreten sein wird. Am besten schneidet das BSW in Ostdeutschland ab und kommt in allen ostdeutschen Bundesländern auf ein zweistelliges Ergebnis.

Mit einer Rekordwahlbeteiligung von knapp 65 Prozent war die Mobilisierung auf etwa gleich hohem Niveau wie bei der ersten EP-Wahl von 1979. Über das gesamte Bundesgebiet ist die Wahlbeteiligung recht ausgeglichen verteilt. Nur in Bremen ist sie leicht gesunken (minus sechs Prozentpunkte), überall sonst gab es leichte Zunahmen.

Alle Bundesländer mit überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung hatten zeitgleich Kommunalwahlen. Einzige Ausnahme ist Bayern, welches aber bei Wahlen auf Bundesebene generell eine hohe Wahlbeteiligung verzeichnet. Sachsen-Anhalt belegt trotz Kommunalwahlen nur einen der hinteren Plätze, verzeichnet aber dennoch einen Anstieg von 7,5 Prozentpunkten bei der Wahlbeteiligung. Den höchsten Anstieg verzeichnete mit acht Prozentpunkten Brandenburg. BSW, AfD und Kleinstparteien profitieren am stärksten von der gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahl. ←

Wahlbeteiligung Europawahl 2024 nach Bundesländern

Abb. 5



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024. | * bei gleichzeitigen Kommunalwahlen/Bezirkswahlen

WER HAT WEN GEWÄHLT?

GROSSE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN OST- UND WESTDEUTSCHLAND

Betrachtet man die Ergebnisse nach Ost- und Westdeutschland getrennt, so zeigen sich bei fast allen Parteien große Unterschiede. Die größte Differenz von 15 Prozentpunkten findet sich bei der AfD. Sie kommt in Ostdeutschland auf 28 Prozent, in Westdeutschland dagegen nur auf 13 Prozent. Umgekehrt sieht das Bild bei der Union aus, die einen Unterschied von elf Prozentpunkten zwischen Ost und West aufweist. In Westdeutschland haben 32 Prozent der Wähler:innen für die Union gestimmt, in Ostdeutschland dagegen nur 21 Prozent. Auch Grüne und SPD haben im Westen besser abgeschnitten, hier beträgt der Unterschied aber nur sechs bzw. fünf Prozentpunkte. Bei der letzten Bundestagswahl konnte die SPD noch in Ost und West ungefähr im gleichen Maß Wähler:innen für sich gewinnen. Etwas größer ist der Unterschied beim BSW, welches in Ostdeutschland zwölf Prozent, in Westdeutschland nur fünf Prozent erreicht. Bei der Linken und der FDP beträgt der Unterschied nur drei Prozentpunkte, aber relativ gesehen sind sie in einer Landeshälfte gut doppelt so stark wie in der anderen: Die FDP kommt in Westdeutschland auf sechs Prozent, in Ostdeutschland nur auf drei Prozent. Bei der Linken sind es dagegen in Ostdeutschland fünf Prozent und in Westdeutschland nur zwei Prozent. Bei den kleineren Parteien sind aufgrund der

Größe die Unterschiede eher gering, aber dennoch sichtbar. So sind die Freien Wähler, aber auch Volt klar in Westdeutschland stärker.

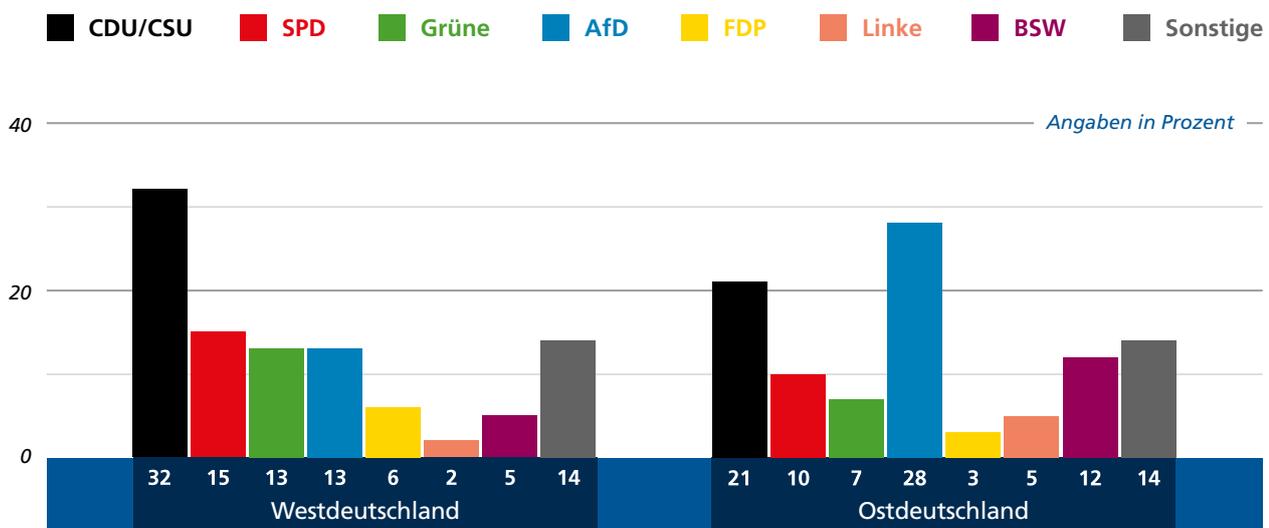
In Ostdeutschland schneiden somit AfD, BSW und Linke überdurchschnittlich ab, in Westdeutschland erzielen Union, SPD, Grüne, FDP sowie Freie Wähler und Volt klar bessere Ergebnisse. Die Ampelparteien kommen in Ostdeutschland zusammen auf 20 Prozent und liegen damit hinter den Einzelergebnissen von AfD und Union. In Westdeutschland kommen SPD, Grüne und FDP dagegen zusammen auf 34 Prozent.

WAHLENTSCHEIDUNG NACH ALTERSGRUPPEN

Aufgrund der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre umfasst die jüngste Wähler:innengruppe nun den Altersbereich 16 bis 24 Jahre. Auffällig in dieser Gruppe ist die häufige Wahl von Kleinstparteien: Ein Drittel der Jungwähler:innen hat Parteien gewählt, die bei der Bundestagswahl mit ihrem Ergebnis an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert wären. Aber auch Union und AfD konnten in der jüngsten Altersgruppe um fünf bzw. elf Prozentpunkte zulegen und kommen jeweils auf 17 bzw. 16 Prozent. Die Grünen verlieren am stärksten bei den jungen Wähler:innen. Sie stürzen bei den 16- bis 24-Jährigen um 23 Pro-

Vergleich Stimmenanteile in Ost- und Westdeutschland

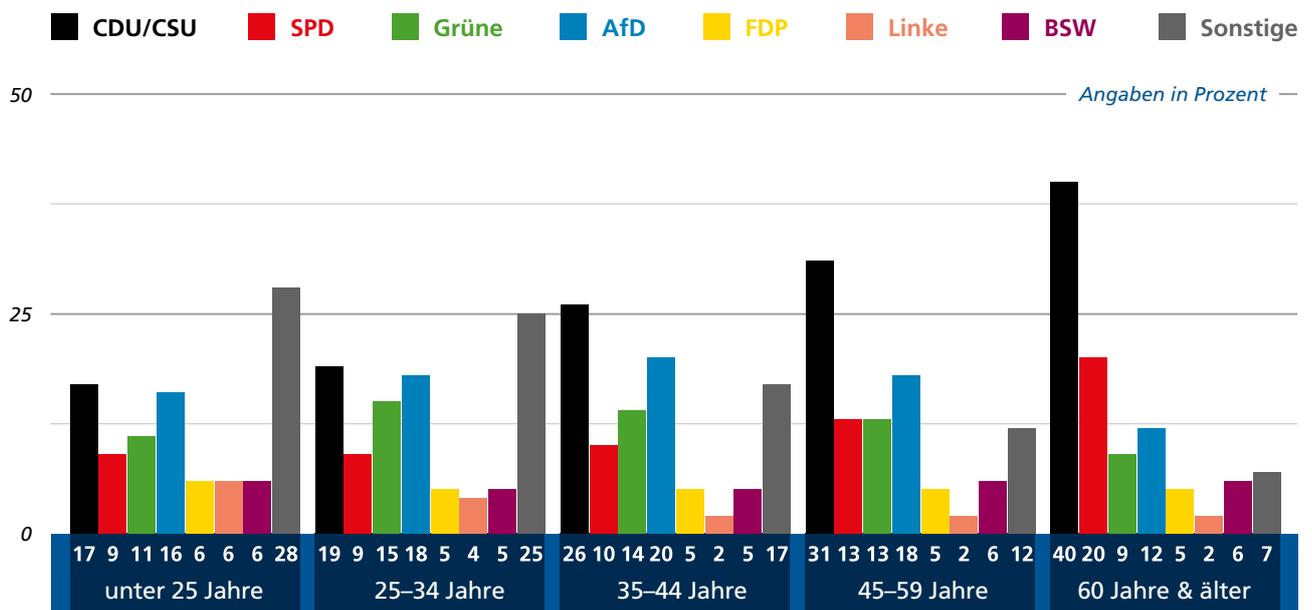
Abb. 6



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

Vergleich Stimmenanteile nach Altersgruppen

Abb. 7



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

zentpunkte ab und kommen dort nur noch auf elf Prozent. Danach folgt bei den Jüngsten die SPD mit neun Prozent, gefolgt von Volt, die auf sieben Prozent kommen. In der jüngsten Altersgruppe verbessert sich die SPD leicht um einen Prozentpunkt, aber schneidet dennoch bei den älteren Altersgruppen insgesamt besser ab. Bei der SPD schwanken die Veränderungen bei den Altersgruppen lediglich zwischen plus einem und minus zwei Prozentpunkten. Ähnlich stabil sind die Werte für die FDP (Schwankungen zwischen null und minus zwei Prozentpunkten), die Linke verliert zwischen minus zwei und minus drei Prozentpunkten.

Auch bezogen auf das Alter sieht man klare Profilbildungen je nach Partei: Union und SPD schneiden bei der Altersgruppe ab 60 Jahren klar am besten ab. Ihre Ergebnisse in der ältesten Altersgruppe sind ungefähr doppelt so hoch verglichen mit den Ergebnissen bei den Wähler:innen unter 35 Jahren. Bei den jüngsten Wähler:innen stehen wie beschrieben die kleineren Parteien hoch im Kurs: Volt, Die Partei, aber auch die Linke schneiden hier überdurchschnittlich ab. Aufgrund des starken Verlusts bei den Wähler:innen unter 25 Jahren holen die Grünen jetzt ihr bestes Ergebnis in der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre und kommen dort auf 15 Prozent. Die AfD erreicht mit 20 Prozent ihr bestes Ergebnis bei den 35- bis 44-Jährigen, bei den über 60-Jährigen kommt sie dagegen nur auf zwölf Prozent. Bei BSW sieht man kaum ein Altersprofil, die Ergebnisse liegen in allen Altersgruppen zwischen fünf und sechs Prozent. Wie bereits bei der letzten Bundestagswahl holt die FDP bei jungen Männern unter 25 Jahren mit neun Prozent ihr bestes Ergebnis. Frauen unter 25 haben aber nur

mit vier Prozent die FDP gewählt. Daher sieht man insgesamt recht wenig Veränderungen bei der Stimmenabgabe für die FDP je nach Alter. Die Altersgruppe unter 25 liegt insgesamt bei sechs Prozent für die FDP, alle älteren Altersgruppen bei fünf Prozent.

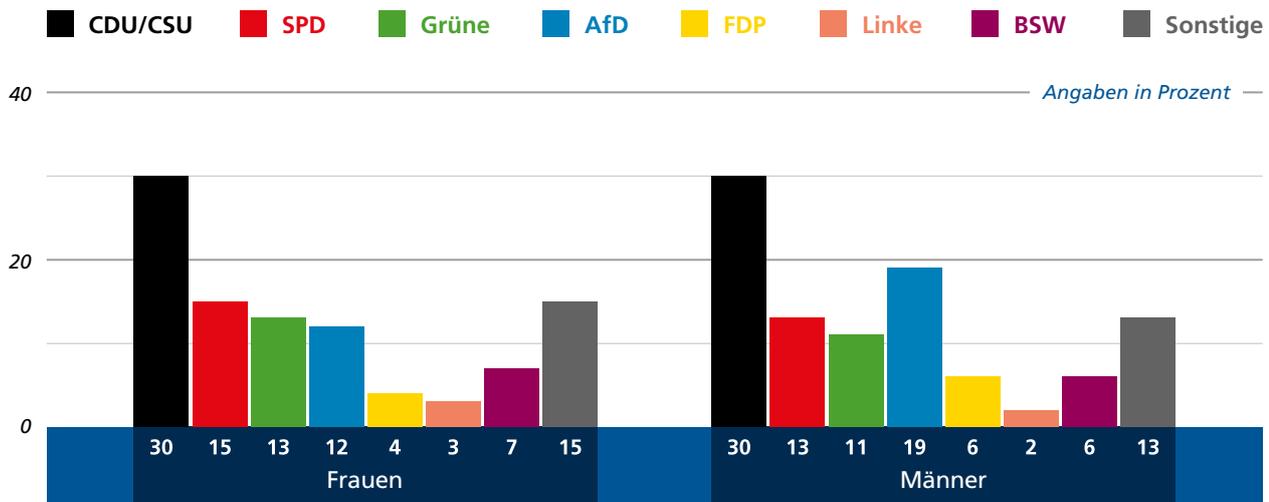
BIS AUF WENIGE AUSNAHMEN: EINHEITLICHES WAHLVERHALTEN VON FRAUEN UND MÄNNERN

Schaut man sich das Wahlverhalten von Frauen und Männern an, liegen die Unterschiede beim Stimmverhalten von Frauen und Männern für die meisten Parteien unter zwei Prozent. So kommt die Union bei Frauen und Männern jeweils auf 30 Prozent. Grüne und SPD werden leicht mehr von Frauen als von Männern gewählt (13 zu elf bzw. 15 zu 13 Prozent). Nur die AfD fällt hier klar, wie auch schon bei früheren Wahlen, aus dem Muster: 19 Prozent der Männer, aber nur zwölf Prozent der Frauen haben ihre Stimme der AfD gegeben. Kombiniert man Alter und Geschlecht, zeigt sich, dass insbesondere die AfD bei Männern im Alter von 35 bis 44 Jahren am besten abschneidet und dort auf 24 Prozent kommt. Bei gleichaltrigen Frauen erreicht sie auch ihr bestes Ergebnis, liegt dort aber nur bei 16 Prozent. Frauen über 60 haben nur zu neun Prozent für die AfD gestimmt, bei Männern über 60 kommt sie auf 14 Prozent – jeweils ihr schlechtestes Ergebnis nach Altersgruppen.

Ansonsten sind nur zwei weitere Geschlechterunterschiede bezogen auf die Altersgruppen auffällig. Das ist zum einen die anscheinend hohe Attraktivität der FDP für

Vergleich Stimmenanteile nach Frauen und Männern

Abb. 8



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

Männer unter 25 Jahren. Hier stehen den neun Prozent männlichen FDP-Wählern unter 25, vier Prozent bei den Frauen unter 25 Jahren entgegen. Ein spiegelbildliches Wahlverhalten findet sich bei der Linken: Neun Prozent der Frauen unter 25, aber nur drei Prozent der Männer unter 25 Jahren haben ihre Stimme der Linken gegeben.

BERUFSTÄTIGKEIT UND BILDUNGS-ABSCHLUSS

Wie aufgrund der Ergebnisse bei der Altersverteilung zu vermuten ist, zeigt sich, dass die Union bei den Rentner:innen 41 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Auf dem zweiten Platz landet die SPD mit 21 Prozent. Nur elf Prozent der Rentner:innen haben ihr Kreuz bei der AfD gemacht, danach folgen die Grünen mit acht Prozent und das BSW mit sieben Prozent.

Schaut man auf die Berufstätigen liegt die Union bei den Angestellten, Beamten:innen und Selbstständigen jeweils an erster Stelle. Ihr bestes Ergebnis holt die Union dabei im Beamtentum: 34 Prozent von ihnen haben für die Union gestimmt, an zweiter Stelle liegen die Grünen mit 20 Prozent, gefolgt von der SPD mit 13 Prozent. Bei den Selbstständigen und den Angestellten kommt die AfD jeweils auf den zweiten Platz mit 17 bzw. 15 Prozent – jeweils dicht gefolgt von den Grünen (15 und 13 Prozent).

Arbeitsrechtlich wird inzwischen nicht mehr zwischen Arbeiter:innen und Angestellten unterschieden. Dennoch

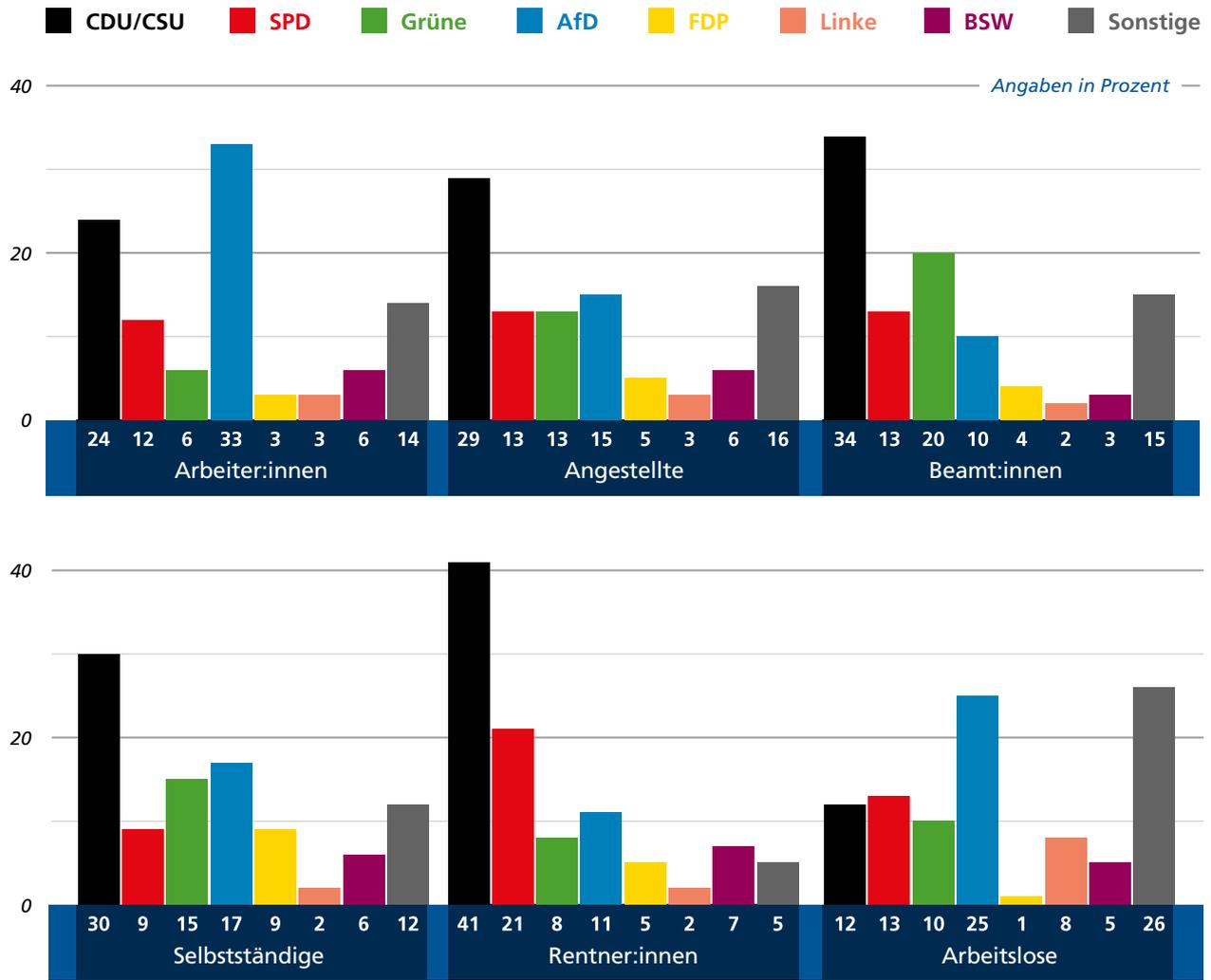
besteht weiterhin oft die Möglichkeit, sich bei Befragungen einer dieser Gruppen zuzuordnen, so auch beim Exit Poll von infratest dimap. Diejenigen, die ihre Tätigkeit mit „Arbeiter:in“ angegeben haben, haben zu einem Drittel die AfD gewählt. Auf dem zweiten Platz liegt die Union mit 24 Prozent. Die SPD kommt hier an dritter Stelle nur auf zwölf Prozent.

Auch bei den Arbeitslosen wurde am häufigsten die AfD gewählt (25 Prozent), gefolgt von SPD (13 Prozent) und Union (zwölf Prozent). Die vergleichsweise geringen Prozentzahlen erklären sich dadurch, dass fast ein Drittel der Stimmen der Arbeitslosen auf kleine und Kleinstparteien entfallen sind.

Die Unterschiede in der Berufstätigkeit zeigen sich auch, wenn man den jeweils höchsten Bildungsabschluss betrachtet. Stimmberechtigte mit Abitur oder Hochschulabschluss haben zu 28 Prozent die Union gewählt, gefolgt von den Grünen mit 18 Prozent. Die SPD landet auf dem dritten Platz mit 13 Prozent. Bei der Gruppe mit Hochschulabschluss, mittlerer Reife oder ohne Abschluss kommt die Union ebenfalls auf den ersten Platz mit 31 Prozent. An zweiter Stelle liegt hier aber die AfD mit 27 Prozent – in der Gruppe mit höherem Abschluss kam sie nur auf zehn Prozent. Platz drei in der Gruppe mit niedrigerem formellen Bildungsabschluss belegt die SPD mit elf Prozent. Die SPD spricht alle Tätigkeits- und Bildungsgruppen recht gleichmäßig an. Nur die Rentner:innen (21 Prozent) und die Selbstständigen (neun Prozent) stellen die Ausreißer nach oben und unten dar. ←

Vergleich Stimmenanteile nach Tätigkeit/Beruf

Abb. 9



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

4 WAHLKAMPF UND WAHLMOTIVE

VERROHUNG, SKANDALE UND TIKTOK

Der diesjährige Europawahlkampf unterscheidet sich stark von den Wahlkämpfen in den Vorjahren: So wurde er sehr viel verrohter geführt, war von Skandalen um die AfD geprägt, und TikTok hat sich als zentrale Social-Media-Wahlkampfplattform zur Ansprache jüngerer Wähler:innen etabliert.

Den traurigen Höhepunkt der tätlichen Angriffe auf Wahlkämpfende stellt sicherlich der brutale Überfall auf den SPD-Europaabgeordneten Matthias Ecke in Dresden dar, der beim Aufhängen von Wahlplakaten Anfang Mai von rechtsextremen Jugendlichen krankenhaushausreif geschlagen wurde. Die Verrohung während des Wahlkampfs reichte von Beleidigungen und Bespucken über das Zerstören von Wahlplakaten bis hin zu körperlichen Übergriffen auf ehrenamtliche Wahlkampfshelfer:innen wie auch Politiker:innen. Zielscheibe von Übergriffen waren zwar alle Parteien, aber Parteien aus dem progressiven Spektrum wurden besonders häufig attackiert. Die Taten waren nicht auf einzelne Regionen Deutschlands beschränkt, sie erstreckten sich über das gesamte Bundesgebiet. Bereits die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hatte im vergangenen Jahr festgestellt, dass die Billigung und Rechtfertigung politischer Gewalt deutlich zugenommen haben. 13 Prozent der Befragten vertraten die Auffassung, einige Politiker:innen hätten es verdient, wenn „die Wut gegen sie“ in Gewalt umschlägt (2020/2021 waren es fünf Prozent; Zick et al. 2023). Dass sich Einstellungen auch in Handlungen übersetzen, zeigen nicht nur die Übergriffe während des Europawahlkampfs, es scheint sich um eine grundsätzliche Verhärtung zu handeln. Denn auch die Statistik „Politisch motivierter Kriminalität“ hat bereits für das Jahr 2023 eine Zunahme tätlicher Übergriffe auf Mandatsträger:innen festgestellt (Bundeskriminalamt 2024). Nach dem Angriff auf Matthias Ecke haben sich alle demokratischen Parteien solidarisch gezeigt, den Überfall verurteilt und ihre Anhänger:innen zu einem friedlichen Wahlkampf aufgerufen.

Die AfD wurde in der heißen Wahlkampfphase von erheblichen Skandalen erschüttert, die zum Rückzug ihrer zwei Spitzenkandidaten führten, die jedoch in der engen Anhänger:innenschaft kaum Auswirkungen auf die Zustimmungswerte hatten. Anfang Mai wurde die Spionageaffäre um einen Mitarbeiter Maximilian Krahs (AfD Listenplatz 1), dem Spitzenkandidaten der AfD, publik, dem vorgeworfen wird, für China spioniert zu haben. Zudem wurde Mitte Mai die Immunität des AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron (AfD Listenplatz 2) aufgehoben, da der Anfangsverdacht der Bestechlichkeit und Geldwäsche besteht. Die Skandalserie gipfelte in einem Ausschluss aller AfD-Abgeordneten aus der Rechtsaußenfraktion Identität

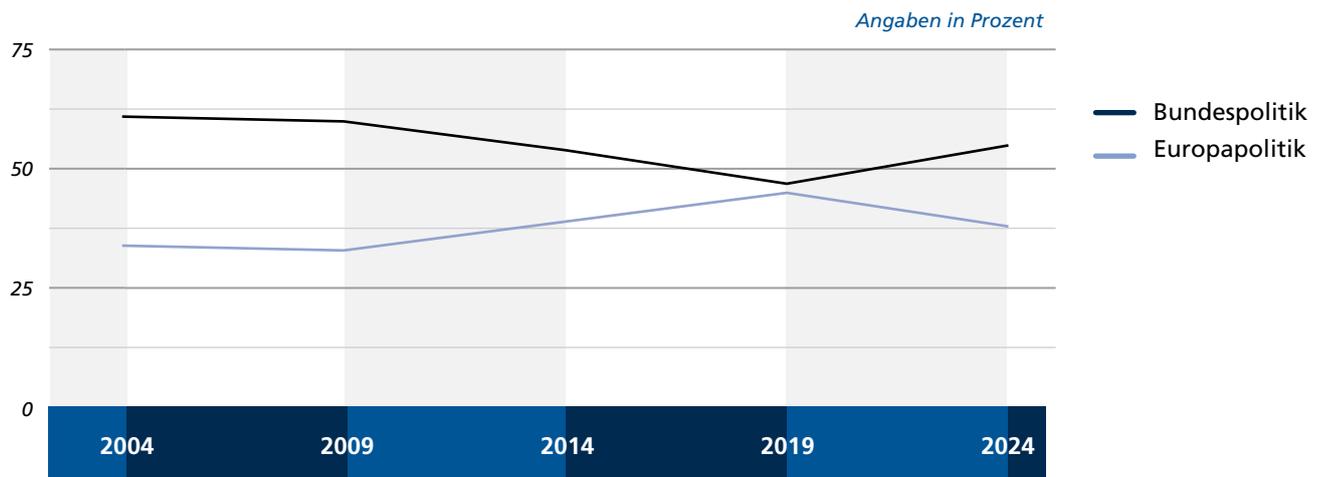
und Demokratie (ID) im Europaparlament. Anlass für das Ausschlussverfahren war zusätzlich zu den vorherigen Vorfällen eine in einem Interview von Maximilian Krahs geäußerte SS-Verharmlosung. Dies war dann schlussendlich sogar auch für die AfD-Spitze zu viel: Sie erteilte ihrem Spitzenkandidaten ein Auftrittsverbot im Wahlkampf und setzte seinen Rückzug aus dem Bundesvorstand durch. Während Krahs nach der Wahl aus der AfD-Gruppe ausgeschlossen wurde, sitzt Petr Bystron weiterhin mit dem Rest der AfD-MdEPs im Parlament zusammen.

Auf sämtlichen Social-Media-Plattformen sei die „AfD unter den politischen Parteien der Reichweitenchampion“, urteilt der Politikberater Johannes Hillje (2024). Als „First Mover“ ist es der AfD gelungen, insbesondere auf TikTok reichweitenstarke Kanäle aufzubauen und eine rechtspopulistische Influencer:innenschaft um sich zu scharen. Im direkten Vergleich aller Parteien erhalten die AfD-Videos mit großem Abstand die meisten „Likes“. Schon allein aus dem Grund, dass TikTok unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen die beliebteste Social-Media-Plattform ist, sollte diese Zielgruppe nicht allein der AfD überlassen werden. Alle demokratischen Parteien haben daher im Vorfeld der Europawahlen ihre Präsenz ausgebaut und buhlen sowohl mit politischen wie auch humoristischen Inhalten um die Aufmerksamkeit der Nutzer:innen. Wie eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (Böhmer et al. 2024) nun darlegt, ist es vor allem der FDP und ihrer Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann gelungen, mit pointierten Videos über die eigene Person und ihre Haltung im Ukrainekrieg, Aufmerksamkeit zu generieren. Damit schlägt sie überraschenderweise auch die gelikten Videos der AfD, wohl auch da die Reichweite von Maximilian Krahs wegen Regelverstößen seitens TikTok gedrosselt wurde.

Inhaltlich arbeiteten sich die Parteien und Spitzenkandidat:innen stark an den Skandalen der AfD und den möglichen Auswirkungen ihrer Politik ab. Diese Videos erhielten im Vergleich auch die häufigsten Likes, während Inhalte zu Europa-, Klima- oder Wirtschafts- und Sozialpolitik eher weniger durchdrangen. Schlussendlich haben sich die Likes für die FDP unter den Jungwähler:innen nur zu einem sehr geringen Anteil (sechs Prozent bei den 16- bis 24-Jährigen) in tatsächliche Wähler:innenstimmen umgesetzt. Die starken Zugewinne der AfD bei Erst- und Jungwähler:innen (ein Zuwachs von elf Prozent) hingegen ist alarmierend und kann vermutlich auch in Teilen auf eine erfolgreiche Social-Media-Strategie zurückgeführt werden. Allerdings ist das gute Abschneiden der Union bei den Jungwähler:innen (17 Prozent) und der Absturz der Grünen in dieser Wähler:innengruppe eher auf Themenkonjunkturen, denn auf TikTok-Videos zurückzuführen.

Motive der Wahlentscheidung: Bundes-/Europapolitik 2004–2024

Abb. 10



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

BUNDESPOLITIK ALS HAUPTWAHLMOTIV

Häufig wird die These vertreten, bei der Europawahl handle es sich um eine Nebenwahl zu nationalen Wahlen. Die geringere Relevanz zeige sich zum einen in einer niedrigeren Wahlbeteiligung und zum anderen in der Dominanz nationaler Themen im Wahlkampf. Insofern handle es sich bei der Europawahl eher um eine Bilanzwahl der aktuellen Regierung, denn um eine Bewertung der Europapolitik aus Brüssel. Das Argument der Wahlbeteiligung kann mit Blick auf die historisch hohe Wahlbeteiligung in Deutschland etwas entkräftet werden, dennoch liegt die Beteiligung zehn Prozentpunkte unter der der Bundestagswahl von 2021. Motivation für den Wahlgang war bei dieser Europawahl für die Mehrheit der Bürger:innen die Bundespolitik. So antworteten 55 Prozent der Wähler:innen, bundespolitische Themen seien für sie wahlentscheidend gewesen, gegenüber 38 Prozent, die angaben, europapolitische Themen hätten den Ausschlag gegeben. Im Vergleich zur Europawahl von 2019 kann man von einer leichten Trendumkehr sprechen, denn hier hatten europapolitische Themen noch eine sehr viel stärkere Bedeutung.

Untermuert wird die starke Verflechtung von bundes- und europapolitischen Wahlmotiven durch das enge Beieinanderliegen der letzten Umfragen zur „Sonntagsfrage“. Vergleicht man die „Sonntagsfrage“ für den Bund mit der für Europa, so ist auffällig, wie nahe beieinander die jeweiligen Ergebnisse liegen. Damit muss das Ergebnis der Europawahl für die Ampelregierung Ansporn sein, ihre Politik besser zu erklären und umzusetzen. Insgesamt betrachtet kann die These der Europawahl als nationale Nebenwahl für das Wahljahr 2024 bestätigt werden.

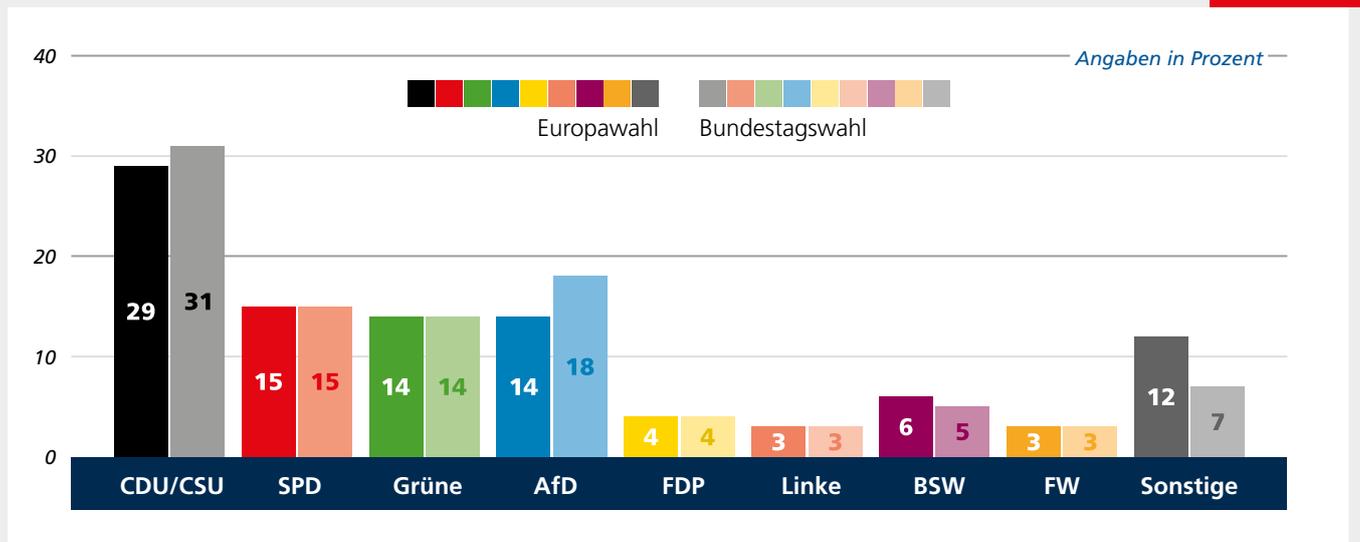
BESTIMMENDE THEMEN DER EUROPAWAHL

Die geopolitischen Verschiebungen seit der Europawahl 2019 finden auch ihren Widerhall in den für die Europawahl am relevantesten eingestuften Themen. Bestimmte 2019 der Klima- und Umweltschutz unangefochten die Rangliste der wahlentscheidenden Themen, so führen in diesem Jahr Friedenssicherung und soziale Sicherheit die Liste an. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die mit dem Krieg verbundenen Folgekosten in Form von Inflation und Energiepreisen bestimmen die diesjährige Themenagenda. Klima- und Umweltschutz verliert neun Prozentpunkte und rangieren nur noch auf Platz vier der entscheidenden politischen Themen. Entgegen zum medialen Diskurs verwundert es schon fast, dass die Frage Migration nur auf Platz drei rangiert (zwar mit Zunahme von fünf Prozentpunkten im Vergleich zu 2019), deutlich abgeschlagen im Vergleich zu den anderen beiden Top-Themen. Möglicherweise hat jedoch das von einem Afghanen in Mannheim verübte Attentat, der dabei einen Polizisten tötete, zuwanderungskritischen Haltungen nochmals Aufwind verliehen, die sich aber in der Themenpräferenz noch nicht abbilden.

Blickt man auf die Themenpräferenzen nach Parteianhänger:innen, so ist das Gesamtbild nicht mehr so einheitlich und differenziert sich aus. Für Anhänger:innen der Grünen ist der Umwelt- und Klimaschutz weiterhin das wichtigste Thema (52 Prozent), für SPD-Anhänger:innen stellt die Frage der sozialen Sicherheit eine Top-Priorität dar (35 Prozent), direkt gefolgt von der Friedenssicherung (32 Prozent). Dieses Thema ist sowohl für BSW- (37 Prozent) als auch für Unions-Wähler:innen (28 Prozent) das

Vergleich „Sonntagsfrage“ Europawahl und Bundestagswahl

Abb. 11



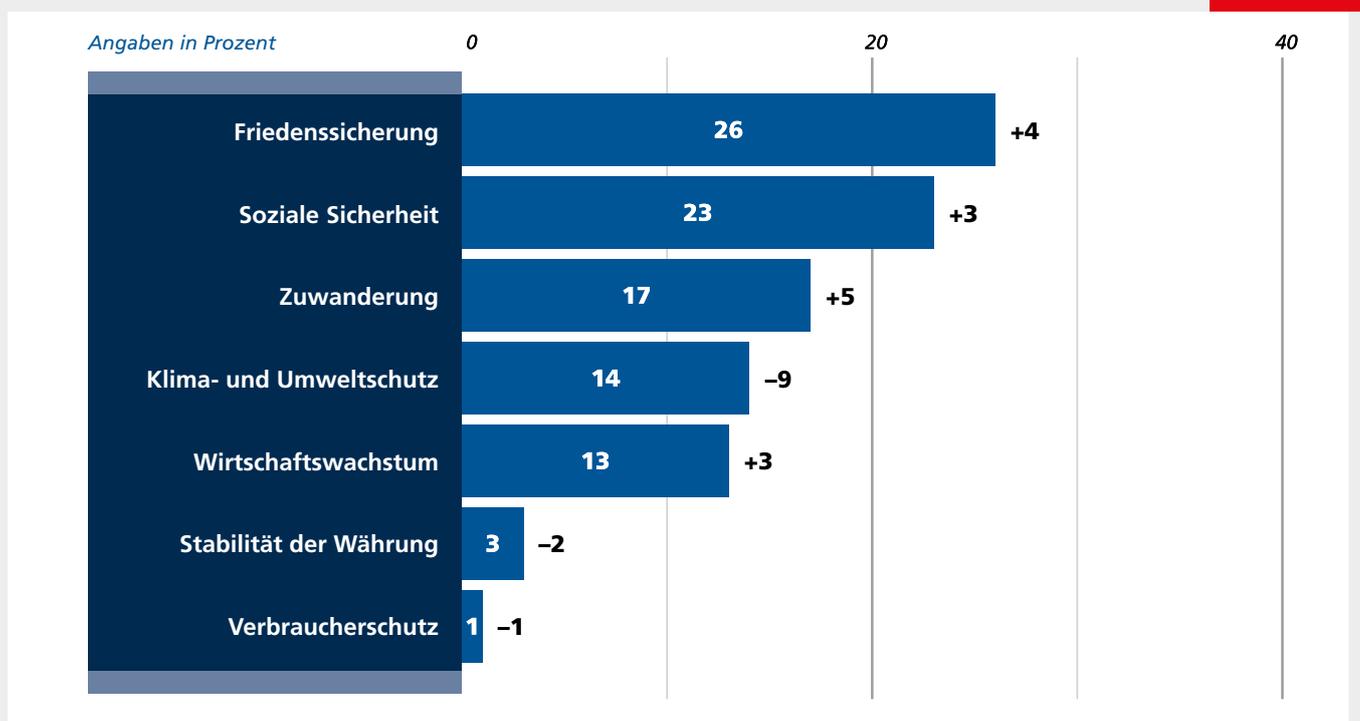
ARD-DeutschlandTrend vom Mai II 2024, infratest dimap.

entscheidende, bei Grünen-Anhänger:innen steht Friedenssicherung auf Platz zwei. Dass die Frage von Krieg und Frieden eine so hohe Bedeutung erhält, bedeutet jedoch im Umkehrschluss nicht, dass die Wähler:innen derselben Auffassung sind, mit welchen Mitteln Frieden erreicht werden kann. Im Gegenteil zeigen sich hier die parteipolitischen Unterschiede insbesondere in Bezug auf Fra-

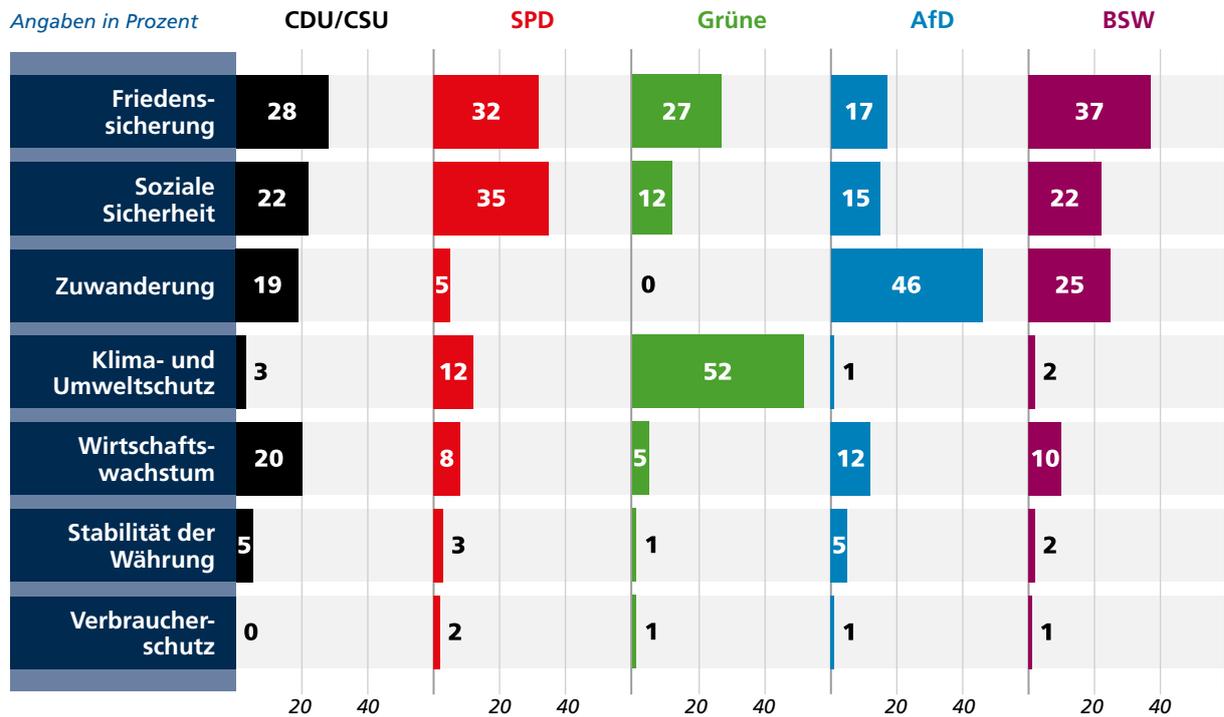
gen von Waffenexporten und den Vorbedingungen für Friedensverhandlungen. Lediglich für AfD-Anhänger:innen ist Zuwanderung das unbestritten wichtigste Thema, von 46 Prozent wird es am relevantesten eingestuft. Bei BSW-Anhänger:innen kommt das Thema Zuwanderung auf Platz zwei, bei Unions-Anhänger:innen lediglich auf Platz vier.

Entscheidende politische Themen

Abb. 12



Quelle: ARD-DeutschlandTrend vom Mai II 2024, infratest dimap.



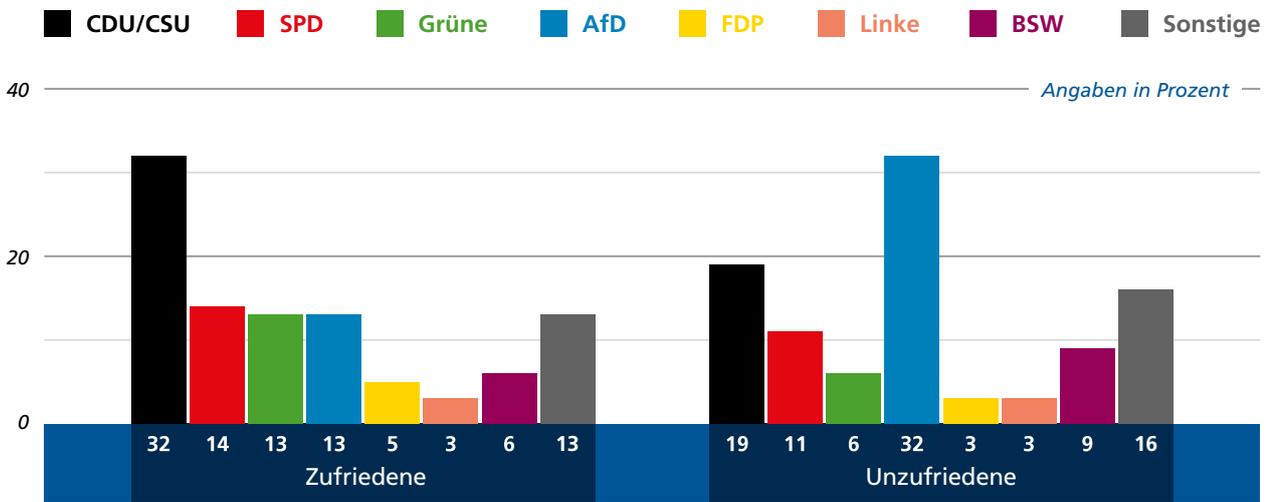
Quelle: ARD-DeutschlandTrend vom Mai II 2024, infratest dimap.

Die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage hat auch Einfluss auf die Wahlentscheidung, denn hier kommt zum Ausdruck, mit welchen Sorgen und Wünschen die Wähler:innen auf das eigene Leben blicken. Von denjenigen, die in der Nachwahlbefragung angegeben haben, ihre eigene wirtschaftliche Lage sei sehr gut oder gut, hat ein Drittel die Union gewählt. Das sind doppelt so hohe Werte wie bei allen anderen Parteien. Spiegelbildlich verhält es sich

bei denjenigen, die mit ihrer wirtschaftlichen Lage unzufrieden sind. So sind es zu fast einem Drittel AfD-Wähler:innen, die die eigene Situation als weniger gut oder schlecht bewerten. Auch wenn die AfD mittlerweile eher aus Überzeugung, denn aus Enttäuschung gewählt wird, zeigt sich nach wie vor auch eine tiefe Unzufriedenheit der Wähler:innenschaft, die an der Wahlurne zum Ausdruck gebracht wird. ←

Vergleich Stimmenanteile Zufriedenheit mit eigener wirtschaftlicher Lage

Abb. 14



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

5

WÄHLER:INNENWANDERUNGEN

Das Modell zur Wähler:innenwanderung von infratest dimap bezieht die Europawahl auf die Abstimmung bei der Bundestagswahl 2021. Daher werden hier zwei verschiedene Wahlen und durchaus unterschiedliche Logiken miteinander verglichen. Dies sollte bei der Interpretation der Wähler:innenströme beachtet werden. Hinzukommt, dass mit einer Erinnerungsfrage, wie die Person bei der letzten Bundestagswahl abgestimmt hat, gearbeitet wird. Allerdings haben zahlreiche Studien gezeigt, dass die Angaben zur Erinnerung der Stimmabgabe nicht immer der Realität entsprechen. Daher sollten die Angaben zu den Zu- und Abflüssen mit besonderer Vorsicht betrachtet werden. Dennoch geben zumindest die Größenverhältnisse und Rangfolgen eine Ahnung von den Wanderungsbewegungen. Schauen wir uns die einzelnen Parteien an:

Die Union gewinnt von den meisten anderen Parteien dazu. Am stärksten von der SPD (+1.450.000 Stimmen), gefolgt von der FDP (+1.090.000) und den Grünen (+560.000). Am stärksten gibt sie an die Nichtwähler:innen (-1.300.000) Stimmen ab, gefolgt von der AfD (-570.000).

Die SPD verliert im Vergleich mit der letzten Bundestagswahl in alle Richtungen. Der größte Abfluss wird ins

Nichtwahllager gemessen (-2.490.000). Von den konkurrierenden Parteien kann die Union den größten Stimmenanteil der SPD abknöpfen (-1.450.000). Danach folgen dann die sonstigen Parteien (-640.000), das BSW (-580.000) und dann erst die AfD (-570.000) – von der Größenordnung ähnlich die verstorbenen Wähler:innen mit -510.000 Stimmen.

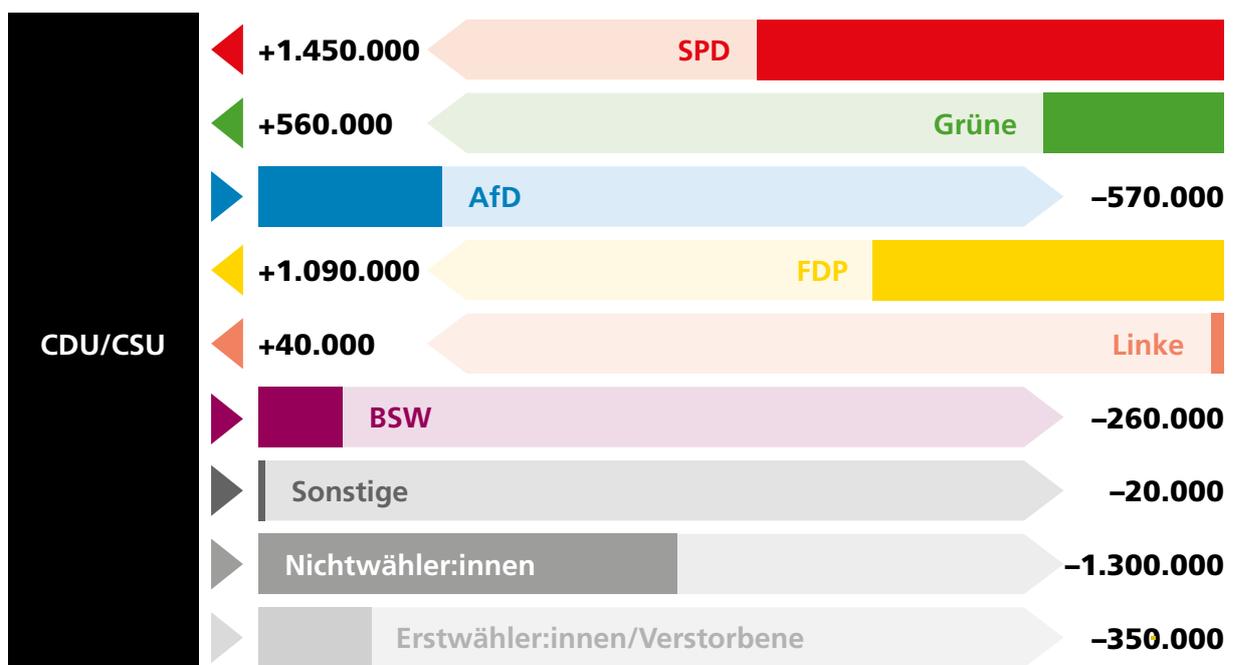
Die Grünen holen 80.000 Stimmen von der SPD und geben ansonsten laut Modell im Saldo Stimmen ab. An erster Stelle an die sonstigen Parteien (-860.000), dann an die Union (-560.000) und die Nichtwähler:innen (-540.000).

Mit Blick auf die dritte Ampelpartei, die FDP, ergibt sich ein recht ähnliches Bild bei den Abflüssen: Union und Nichtwähler:innen erhalten jeweils knapp über eine Millionen Stimmen. Eine halbe Million geht an die sonstigen Parteien, dann erst folgt die AfD (-430.000). Zuflüsse kommen von den Regierungspartnern: SPD (+120.000) und Grüne (+30.000).

Die AfD verliert Stimmen an das Nichtwahllager (-380.000) und das BSW (-160.000). Die größten Zugewinne stammen zu gleichen Teilen von der Union und der SPD (jeweils +570.000), dicht gefolgt von den FDP-Zuflüssen (+430.000).

Wähler:innenwanderung CDU/CSU

Abb. 15



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

Im Vorfeld der Wahlen wurden viele Mutmaßungen angestellt, von welchen anderen Parteien das BSW Wähler:innenstimmen abziehen wird. Laut dem Modell von infratest dimap konnten 580.000 Stimmen, die bei der Bundestagswahl 2021 noch an die SPD gingen, vom BSW gewonnen werden. Auf dem zweiten Platz dann der Zufluss ehemaliger Wähler:innen der Linken (+470.000), gefolgt von Union (+260.000) und FDP (+230.000). Danach folgt erst die AfD (+160.000), die zuvor oftmals als potenzielle Hauptstimmenlieferantin ausgemacht wurde. Ähnliche Zuströme wurden von den Grünen (+150.000) und Nichtwähler:innen (+140.000) berechnet.

Die Forschungsgruppe Wahlen hat auch für das BSW die Wähler:innenwanderung berechnet, nimmt aber zum Vergleich die Europawahl 2019. Demzufolge haben die meisten BSW-Wähler:innen bei der Europawahl 2019 nicht teilgenommen (+860.000). Danach wurden am stärksten Stimmen von der Linken (+460.000), sonstigen Parteien (+360.000) und der Union (+250.000) gewonnen. Erst darauf folgen ehemalige SPD-Wähler:innen der Europawahl 2019 (+230.000).

Da bei der Europawahl die sonstigen Parteien sehr gut abgeschnitten haben und es auch keine Fünf-Prozent-Hürde wie bei der Bundestagswahl gibt, lohnt sich hier ebenfalls ein Blick auf die Verschiebungen. In erster Linie haben die Wähler:innen der Ampelparteien der letzten Bundestagswahl die Möglichkeit genutzt und sich für kleine Parteien entschieden. Den größten Abfluss in Richtung

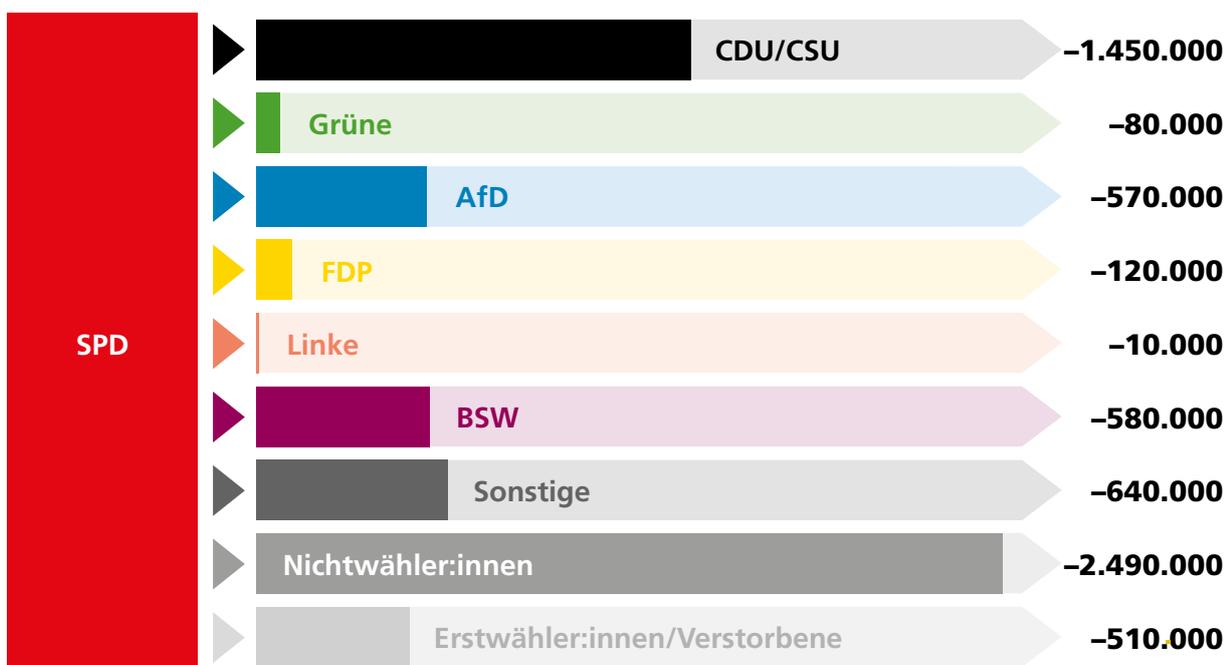
kleine Parteien erfuhren die Grünen (-860.000), gefolgt von der SPD (-640.000) und der FDP (-500.000). Andererseits sind Wähler:innen von den sonstigen Parteien bei der letzten Bundestagswahl in das Nichtwahllager (-690.000), zur BSW (-300.000) und zur AfD (-170.000) gewechselt.

Die Analyse der Wähler:innenströme zeigt, dass viele Wähler:innen die Möglichkeit genutzt haben, kleinere oder neue Parteien zu wählen. Da es keine Prozhürde bei der Wahl zum Europaparlament gibt, war das Risiko relativ gering, hier eine Alternative auszuprobieren. Die drei Parteien der Koalitionsregierung haben besonders stark an die Kategorie der sonstigen Parteien verloren. Die bei der Bundestagswahl erfolgreiche SPD stellt für die meisten anderen Parteien die Hauptstimmenlieferantin dar. Doch besonders alarmierend ist aus sozialdemokratischer Sicht, dass die SPD am stärksten in das Nichtwahllager verloren hat.

Die Wanderungsmodelle der Umfrageinstitute stützen nicht die Annahme, das BSW würde die AfD automatisch klein machen. Dennoch zeigt sich, dass die AfD im Januar 2024 bei Umfragen noch Werte von über 20 Prozent erreichte. Seit den Correctiv-Enthüllungen, den zahlreichen AfD-Skandalen im Europawahlkampf und dem Auftreten des BSW sind die Zahlen jedoch deutlich zurückgegangen. Offensichtlich hat hier eine Demobilisierung und Umorientierung potenzieller AfD-Wähler:innen stattgefunden, die sich in Wanderungsmodellen mit früheren Bezugspunkten nicht ausreichend zeigen. ←

Wähler:innenwanderung SPD

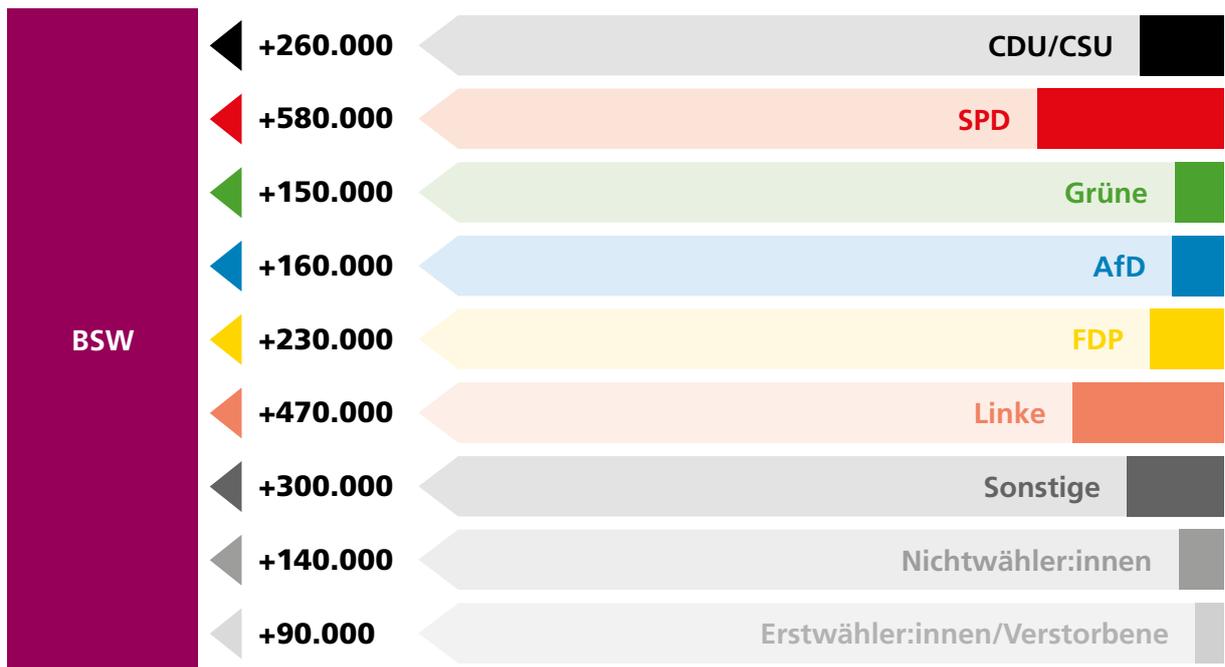
Abb. 16



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

Wähler:innenwanderung BSW

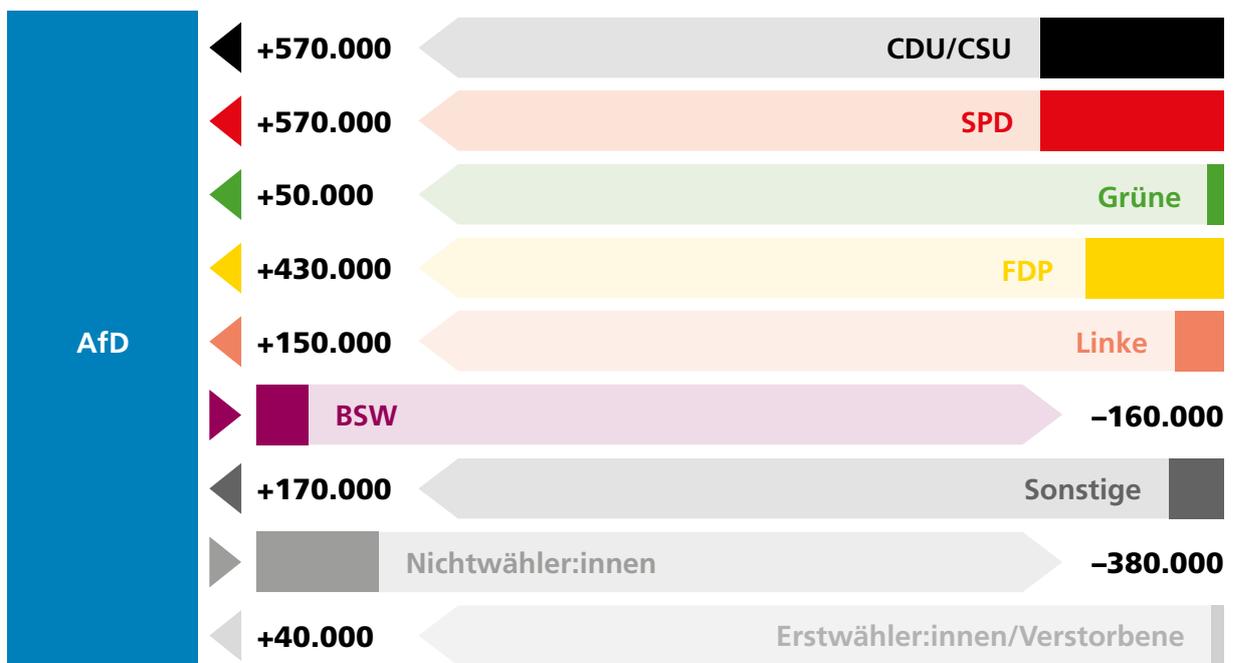
Abb. 17



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

Wähler:innenwanderung AfD

Abb. 18



Quelle: infratest dimap Wahlanalyse Europa 2024, ARD – infratest dimap Exit Poll.

6

AUSBLICK AUF PARLAMENT UND KOMMISSION

Das Europäische Parlament hat nicht die gleichen Rechte wie nationale Parlamente. Es hat aber in den vergangenen Jahren an Kompetenzen hinzugewonnen und ist nun eine Schlüsselinstitution bei der Steuerung der Europäischen Union. Denn das Parlament wählt die Kommission, es kontrolliert sie, entscheidet über Gesetze in der EU mit und ist notwendig, um den gemeinsamen Haushalt zu verabschieden. Der Beitritt neuer Mitglieder erfordert die Zustimmung des Parlaments, und es kann vor dem Europäischen Gerichtshof gegen ein anderes Organ der EU wegen Vertragsverletzung klagen.

Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, insoweit sie am 10. Juni bereits absehbar ist, stellt sich wie folgt dar:

Die EVP, der auch CDU/CSU angehören, ist mit Abstand stärkste Fraktion und erhält 186 Mandate. Die sozialdemokratische S&D-Fraktion bleibt zweitstärkste Kraft mit 135 Mandaten. Nach aktuellem Stand ist die liberale Renew-Fraktion mit 79 Sitzen dritte Kraft. Am rechten Rand des Parlaments vereinen die rechtspopulistischen Kräfte der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) 73 Mandate, zu dieser Gruppe gehört die polnische PiS-Partei, aber auch die postfaschistische italienische Regierungspartei Fratelli d'Italia. Die Rechtsaußenfraktion

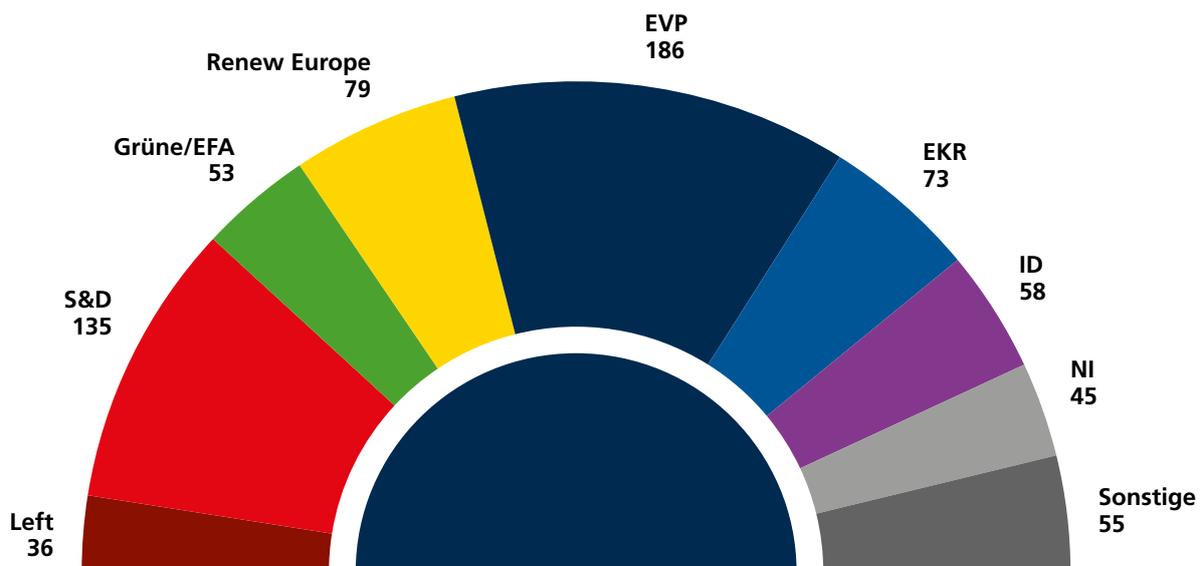
ID, der die österreichische FPÖ, der französische Rassemblement National (RN) sowie die italienische Lega angehören, erhält 58 Sitze, sie profitiert vor allem vom Zugewinn des RN in Frankreich. Die Fraktion der Grünen büßt Stimmen ein und landet bei 53 Sitzen, die linke Fraktion erhält 36 Parlamentssitze.

Diese Zahlen sind jedoch aus zwei Gründen noch mit Vorsicht zu genießen. Erstens sind 55 Sitze von Parteien erobert worden, die bislang keiner Fraktion angehörten, darunter beispielsweise das BSW aus Deutschland, und weitere 45 MdEPs sind fraktionslos (darunter auch die der AfD). Die Verhandlungen über ihre Zugehörigkeit werden in den kommenden Tagen an Fahrt aufnehmen. Zweitens haben sich vor allem am rechten Rand Veränderungen ergeben, indem die AfD aus der ID-Fraktion ausgeschlossen wurde. Es ist durchaus möglich, dass hier noch weitere Veränderungen folgen.

Die Wahl führt 2024 somit zu einem Parlament mit einer weiterhin stabilen Mitte und gestärkten rechten Rändern. Ein Trend weg von großen, dominierenden Parteiblöcken war schon länger erkennbar. Die lange wirkende große Koalition aus EVP und S&D hat stetig abgenommen und seit 2019 nur noch zusammen mit der liberalen Fraktion Re-

Sitzverteilung der Fraktionen im Europäischen Parlament 2024

Abb. 19



Quelle: <https://results.elections.europa.eu/de/> Stand: 10.6.2024, 18.15 Uhr, vorläufig auf Basis 27 verfügbarer Länder.

new Europe eine Mehrheit bekommen. Dieser Trend hat sich teilweise fortgesetzt. Während die EVP-Fraktion dazugewinnen konnte, erlitt die S&D-Fraktion leichte Verluste, Renew Europe dagegen büßte deutlich an Mandaten ein. Mit einer Mehrheit von 400 von 720 Mandaten (Stand vom 10. Juni, 16 Uhr, Europäisches Parlament 2024) könnten diese drei Fraktionen dennoch wieder den Rückhalt für die Kommission bilden. Die populistische und radikale Rechte in den Fraktionen EKR und ID sowie mit Parteien wie der AfD, die außerhalb dieser Fraktionen steht, gewinnen zusammen erstmals etwas mehr als 20 Prozent der Parlamentssitze.

Gleichzeitig ist so früh nach der Wahl auch noch nicht in vollem Maße klar, wie die Sitzverteilung zwischen den Fraktionen genau aussehen bzw. welche Fraktionen es schlussendlich geben wird. Die Neukalibrierung der Fraktionen rechts von der EVP hat bereits vor der Europawahl begonnen, als der französische RN dafür sorgte, dass die AfD aus der ID-Fraktion ausscheiden musste. Daran zeigt sich exemplarisch ein Grundproblem der europäischen Rechten. Sie eint allenfalls eine grundsätzlich eurokritische Haltung, die jedoch bei genauerer Betrachtung eine breite Spannweite von Positionen umfasst. Zudem unterscheiden sie sich deutlich in ihrem Verhältnis zu Russland – Meloni und die PiS-Partei in Polen sind klar für die Unterstützung der Ukraine, die ungarische Fidesz, AfD und FPÖ wollen diese stoppen. Der französische RN – traditionell eher nah an Putins Russland – hält sich hierbei eher zurück, weil Marine Le Pen ihre innenpolitische Machtperspektive nicht gefährden will. All dies könnte am Ende dazu führen, dass die Rechte trotz Stimmenzugewinn weiter zersplittert und in drei unterschiedlichen Fraktionen unterkommt.

Denn die Bildung neuer Fraktionen ist nach der Wahl nicht ausgeschlossen, in zwei Fällen stehen deutsche Parteien im Mittelpunkt: Das BSW dürfte sich darum bemühen, mit seinen sechs Abgeordneten eine Fraktion von Linkskonservativen zu gründen, und ist auf Partnersuche. Die AfD dagegen dürfte sich um eine Fraktion mit der FPÖ und anderen Parteien bemühen, nachdem sie selbst für die Rechtsaußenfraktion zu extrem geworden war. Es ist allerdings offen, ob die FPÖ hier mitzieht, die ja noch in der ID zu Hause ist. Zudem werden einige der neu hinzugekommenen kleinen Parteien von mehreren Fraktionen umworben werden. Die Hürden für neue Fraktionen sind recht anspruchsvoll, es müssen mindestens 23 MdEPs aus mindestens sieben Mitgliedsländern der EU zusammenkommen.

VON DER LEYEN ANTE PORTAS

Die Erfahrung von 2019 hatte gezeigt, wie diffizil der Weg an die Spitze der Kommission ist. Denn es müssen zwei sehr unterschiedliche „Wahlgremien“ überzeugt werden. Der Europäische Rat, die Runde aus 27 Staats- und Regie-

rungschefs/-chefinnen, ist für die Nominierung des Kandidaten oder der Kandidatin zuständig, der oder die dann vom Parlament gewählt werden muss. Der Zeitplan ist flexibel. Im Juni stehen zwei EU-Gipfel an, bei denen die Nominierung erfolgen dürfte, die Wahl im Parlament kann direkt danach im Juli oder auch nach der Sommerpause im September angesetzt werden.

Mit dem System der Spitzenkandidat:innen, das zwar durch die Nominierung von Ursula von der Leyen 2019 durchbrochen wurde,¹ geht prinzipiell eine Stärkung der stärksten Fraktion im Parlament einher. Damit verbindet sich der Anspruch, den Posten des Kommissionspräsidenten/der Kommissionspräsidentin zu besetzen und in einer Führungsrolle bei der Bildung einer parlamentarischen Mehrheit zu deren Unterstützung zu sein. Dies hat Ursula von der Leyen noch am Wahlabend bekräftigt. Sie geht davon aus, dass eine zweite Amtszeit für sie möglich ist.

Die Chancen dafür stehen gut. Die Nominierung im Rat dürfte von der Leyen bekommen, immerhin wird hier mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt, sodass Viktor Orbán nicht blockieren kann. Eine Gegenkandidatur dürfte keine ausreichende Unterstützung im Rat bekommen. Der französische Präsident Macron ist durch das Ergebnis angeschlagen und mit der Neuwahl in Frankreich befasst. Er wird ebenso wie Kanzler Scholz nicht daran interessiert sein, eine weitere politische Front zu eröffnen. Gleichzeitig genießt von der Leyen die Unterstützung von Donald Tusk und wohl auch von Giorgia Meloni.

Um aber im Parlament zur Kommissionspräsidentin gewählt zu werden, muss sie im ersten Wahlgang von einer Mehrheit des Europäischen Parlaments gewählt werden. Dafür benötigt sie mindestens 361 Stimmen, und einen zweiten Anlauf gibt es nicht. Von der Leyen hat sich in den letzten Jahren konsequent als Vertreterin der politischen Mitte präsentiert. Sie wurde von den Fraktionen der EVP, S&D sowie der liberalen Renew Europe gestützt und setzte zudem auf eine enge Zusammenarbeit mit der Fraktion der Grünen, vor allem um ihre ambitionierten Vorhaben rund um den europäischen Green Deal aufs Gleis zu bringen. Dieser Balanceakt wird mit dem neuen Parlament schwieriger, auch weil Teile der EVP ihre Politik nicht mehr in gleichem Maße mittragen werden, sondern bei Klimaschutz und Landwirtschaft die bisher beschlossenen Vereinbarungen zurückdrehen wollen. Hieraus ergeben sich Spannungen vor allem mit der sozialdemokratischen Fraktion.

Im Europaparlament ist die Fraktionsdisziplin nicht im gleichen Maße ausgeprägt wie in nationalen Parlamenten. Das macht die Berechnung einer sicheren Mehrheit zusätzlich schwieriger. Denn die Fraktionen, auf deren Zustimmung von der Leyen bisher setzen konnte – EVP, S&D sowie die liberale Renew –, verfügen über 39 Stimmen mehr als die notwendige Mehrheit. Das könnte ausreichend sein, um ihre Wahl zu garantieren. Gleichzeitig dürfte es mit dem gegenwärtigen Prozedere kaum zu stabilen Mehrheiten für die anstehenden schwierigen Entscheidungen reichen. Denn die Verhandlung des neuen mehrjährigen Fi-

¹ 2019 war Manfred Weber der Spitzenkandidat der EVP. Ursula von der Leyen wurde von Emmanuel Macron nach Wahlausgang als Kompromisskandidatin für das Amt der Kommissionspräsidentin – unabhängig von den aufgestellten Listen – vorgeschlagen.

nanzrahmens ab 2028 steht auf der Agenda des Parlaments, ebenso wie Fragen der Stärkung europäischer Sicherheit und der Positionierung gegenüber China und den USA in einer zunehmend härter werdenden Auseinandersetzung um Marktzugänge, Ressourcen und Investitionen.

Zwei Elemente können hier Abhilfe schaffen und die demokratische Mitte stärken. Die Vorstellung des Personalpakets für die neue Kommission ist der erste Schritt. Hier sollten sich einerseits alle Parteien, die von der Leyen für ihre Wahl benötigt, wiederfinden können. Gleichzeitig sollten darin die von der EVP genannten Grundprinzipien für die Zusammenarbeit mit anderen Parteien deutlich werden: für Europa, für die Unterstützung der Ukraine, für den Rechtsstaat. Mit diesem Team und der Vorstellung ihrer Prioritäten muss sie möglichst wenige Abweichter:innen in den drei Fraktionen der Mitte provozieren und gleichzeitig potenzielle Unterstützer:innen vonseiten der Grünen oder auch aus der EKR-Fraktion ansprechen. Die teils diametralen Positionen dieser beiden Fraktionen, sei es bei Klimaschutz oder Migration, machen das zu einem schwierigen Balanceakt. Misslingt ihre Wahl, werden die bisher theoretischen Planspiele rund um andere Kandidat:innen für den Vorsitz der Kommission wieder aufgenommen werden müssen, und die EU wird bis spät in den Herbst hinein nur begrenzt handlungsfähig sein.

Der zweite Schritt ist die Vorstellung des Kommissionsprogramms und damit der Schwerpunkte für die fünfjährige Legislaturperiode. Dies sollte ebenfalls die Schwerpunkte der drei Parteien der Mitte widerspiegeln. Allerdings wird es notwendig sein, hier festere Absprachen zu treffen, wie einem informellen Abdriften der EU nach rechts entgegen gewirkt werden kann.

GEFAHR DER MELONISIERUNG DER EUROPÄISCHEN KONSERVATIVEN

Denn mit dem Wahlergebnis rückt die EVP in die entscheidende Rolle hinsichtlich der Mehrheitsfindung im demokratischen Lager. Die Brandmauer gegenüber den rechts-extremen Parteien, die sich in der Fraktion EKR und ID sowie jenseits davon sammeln, entscheidet sich bei den Konservativen. Einige Parteien, vor allem in der EKR-Fraktion bemühen sich inständig darum, salonfähig zu werden. Die Absetzbewegungen von Marine Le Pen von der AfD können als Versuch verstanden werden, gemeinsam mit den postfaschistischen Fratelli d'Italia näher an den konservativen Mainstream heranzurücken. Giorgia Meloni spricht offen davon, dass ihr Regierungsmodell in Rom, eine Koalition aus Konservativen, Rechtspopulist:innen und Postfaschist:innen, auch in Brüssel Einzug halten soll.

Ein näherer Blick auf die Programmatik dieser Parteien und vor allem ihre Regierungspraxis beispielsweise in Polen und Italien zeigt aber, dass sich die Einigkeit mit der EVP, S&D und Renew vor allem auf die Unterstützung der Ukraine bezieht. In dieser Frage verläuft ein klarer Riss zwischen den beiden rechten Lagern EKR (pro Ukraine) und ID (skeptisch bis ablehnend in der Frage der Unterstützung der Ukraine). Hinsichtlich der Unterminierung

demokratischer Institutionen und der Besetzung von Schlüsselpositionen in allen öffentlichen Institutionen mit Parteigänger:innen sind aber sowohl Meloni als auch die PiS in Polen eher dem Vorbild Orbáns in Ungarn gefolgt. Eine offene Zusammenarbeit der EVP mit diesen Parteien droht daher, die Aufrechterhaltung demokratischer Standards in der EU zu unterminieren. Gleichzeitig sollte dies zum Ende der Unterstützung für von der Leyen durch die S&D-Fraktion führen. Wenn die EVP mithin ihre eigenen Grundsätze ernst meint, muss sie eine klare Brandmauer gegen die Zusammenarbeit mit Parteien aus der EKR- und ID-Fraktion aufrechterhalten. Denn dort findet sich keine Unterstützung für die europäische Integration und den Rechtsstaat in Europa.

DROHENDE RÜCKSCHRITTE BEIM KLIMASCHUTZ UND IN DER MIGRATIONS POLITIK

Selbst mit einer solchen Brandmauer und einer in drei Fraktionen aufgesplitterten Rechten droht es, zu einer neuen politischen Akzentsetzung im Europäischen Parlament zu kommen. Denn es gibt bislang keine Regierungsfraktionen oder gar einen Koalitionsvertrag wie in Deutschland. Die Kommission stützt sich grundsätzlich auf einige Fraktionen, Abstimmungen über die europäische Gesetzgebung werden jedoch eher durch „issue coalitions“ geprägt als durch feste politische Absprachen zwischen einzelnen Parteien. Denn neben der Parteizugehörigkeit spielen auch der jeweilige nationale Hintergrund eine wichtige Rolle für die MdEPs.

In der Vergangenheit war es so möglich, dass die konservative Kommissionpräsidentin von der Leyen den European Green Deal mit Unterstützung der Parteien links der Mitte verabschiedete, während die Abstimmung über die Migrationspolitik und die Abkommen mit Drittstaaten auch mit der Unterstützung von Parteien rechts der EVP gewonnen wurde.

Das neue Parlament von 2024 ermöglicht keine Mehrheit mehr links von der EVP, die sich angesichts der Bauernproteste bereits vom Green Deal abgewendet hat. Es ist daher ein weiteres Verwässern der ambitionierten Klimaziele der EU zu erwarten, was angesichts der Hochwasserkatastrophen 2023 und 2024 in ganz Europa fatal erscheint. Die internationale Führungsrolle beim Klimaschutz, die die EU in der Vergangenheit angestrebt hatte, ist damit nicht zu erfüllen. Würde der wichtige Vizeposten in der Kommission, zuständig für Klima, mit einem eher konservativen Kommissar besetzt, könnte dies zu Rückschritten in der Klimapolitik der EU führen. Dies könnte auch die Kooperation mit Ländern aus Afrika, Lateinamerika und Asien belasten, die in diesem Bereich mehr europäische Verantwortung erwarten.

Auch in der Migrationspolitik wird sich die Verschiebung nach rechts bemerkbar machen. Hier sind die Überschneidungen zwischen der Programmatik der EVP und den weiter rechts stehenden Parteien sogar noch augenfälliger. Sollte daher aus der Kommission ein Vorschlag erfolgen, der eine weitere Verschärfung der Migrationspolitik er-

möglichst, wie beispielsweise die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten, könnte dies mit Unterstützung, aber nicht allein von EVP, EKR und ID durchgesetzt werden. Die Fraktionen von S&D und Renew Europe sollten im Vorfeld bereits klar signalisieren, wie sie mit solchen Kooperationen zwischen der EVP und den Rechtsfraktionen umgehen werden. Die bisherigen, eher losen Kooperationsmodelle im Europaparlament sind nicht geeignet, ein

Abdriften in Richtung rechts zu verhindern. Daher bedarf es hier expliziterer Absprachen und klarer Prozedere, um eine schleichende Annäherung zwischen der EVP und den Fraktionen rechts von ihr zu stoppen. Dies sollte die Grundbedingung der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament dafür sein, dass sie eine Kommissionspräsidentin von der Leyen erneut stützt. ←

LITERATURVERZEICHNIS

Böhmer, Hendrik; Diermeier, Matthias; Mertens, Armin; Sommer, Julian 2024: Strack-Zimmermann schlägt AfD – Der TikTok-Europawahlkampf, https://www.ivkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2024/IW-Kurzbericht_2024-TikTok-Europawahlkampf.pdf (10.6.2024).

Bundeskriminalamt 2024: Vorstellung der Kriminalzahlen zur Politisch motivierten Kriminalität 2023, <https://www.bka.de/DE/Unsere-Aufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html> (10.6.2024).

Europäisches Parlament 2024: Ergebnisse der Europawahl 2024, <https://results.elections.europa.eu/de/> (10.6.2024, 16.11 Uhr).

Hillje, Johannes 2024: Social Media: Die digitale Dominanz der AfD brechen!, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/februar/social-media-die-digitale-dominanz-der-afd-brechen> (10.6.2024).

Infratest dimap 2024: Wahlanalyse: Wahl zum Europaparlament 2024 (10.6.2024)

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hrsg.) 2023: Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023> (10.6.2024).

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- 4 **Abbildung 1**
Stimmenanteile der Parteien bei der Europawahl 2024
- 5 **Abbildung 2**
Entwicklung Stimmenanteile Europawahlen 1979–2024
- 5 **Abbildung 3**
Sitzverteilung der deutschen Parteien im Europaparlament
- 6 **Abbildung 4**
Wahlbeteiligung Europawahlen 1979–2024
- 7 **Abbildung 5**
Wahlbeteiligung Europawahl 2024 nach Bundesländern
- 8 **Abbildung 6**
Vergleich Stimmenanteile in Ost- und Westdeutschland
- 9 **Abbildung 7**
Vergleich Stimmenanteile nach Altersgruppen
- 10 **Abbildung 8**
Vergleich Stimmenanteile nach Frauen und Männern
- 11 **Abbildung 9**
Vergleich Stimmenanteile nach Tätigkeit/Beruf
- 13 **Abbildung 10**
Motive der Wahlentscheidung: Bundes-/Europapolitik 2004–2024
- 14 **Abbildung 11**
Vergleich „Sonntagsfrage“ Europawahl und Bundestagswahl
- 14 **Abbildung 12**
Entscheidende politische Themen
- 15 **Abbildung 13**
Entscheidende politische Themen nach Parteiwahl
- 16 **Abbildung 14**
Vergleich Stimmenanteile Zufriedenheit mit eigener wirtschaftlicher Lage
- 17 **Abbildung 15**
Wähler:innenwanderung CDU/CSU
- 18 **Abbildung 16**
Wähler:innenwanderung SPD
- 19 **Abbildung 17**
Wähler:innenwanderung BSW
- 19 **Abbildung 18**
Wähler:innenwanderung AfD
- 20 **Abbildung 19**
Sitzverteilung der Fraktionen im Europäischen Parlament 2024

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN

Lechts oder rinks? Das Bündnis Sahra Wagenknecht im Parteienwettbewerb

→ [FES diskurs](#) Dezember 2023

Krisenerwachsen: Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?

→ [FES diskurs](#) Mai 2023

Wer fehlt an der Wahlurne? Sozialräumliche Muster der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen

→ [FES diskurs](#) September 2023

Weitere Wahlanalysen unter

www.fes.de/sozial-und-trendforschung/wahlanalysen



Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter

www.fes.de/publikationen



Impressum

Juni 2024

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205

www.fes.de/apb

trends@fes.de

ISBN: 978-3-98628-491-6

Gestaltungskonzept: www.leitwerk.com

Gestaltung und Satz: [Bergsee, blau](#)

→ Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten geben die persönliche Meinung der Autor:innen wieder und sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 hinterlässt gemischte Botschaften. Es gibt keine europaweit einheitlichen Trends, dafür sind die Ergebnisse der einzelnen Länder zu unterschiedlich. Trotz leichter Verluste bilden die demokratischen Parteifamilien nach wie vor die stabile Mitte Europas. Allerdings haben die rechten Ränder des Parteienspektrums deutlich hinzugewonnen. Die Zugewinne der rechten Parteien im Parlament kommen vor allem aus Frankreich, Deutschland und Italien. In welchen Fraktionen sich die Parteien rechts der Mitte zusammenfinden werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch final nicht absehbar. Dass Ursula von der Leyen auch die neue Kommissionspräsidentin sein wird, gilt hingegen als wahrscheinlich, da ihre bisherigen Koalitionspartner weiterhin über eine Mehrheit im Parlament verfügen (auch wenn diese noch knapper ausfällt als 2019) und sie vermutlich die Unterstützung der Regierungschefs erhalten wird. Dennoch werden die politischen Verschiebungen in Europa es zukünftig schwieriger machen, insbesondere in konfliktiven Themenfeldern wie der Friedenssicherung, dem Klimaschutz oder der Migrationspolitik stabile Mehrheiten für konstruktive Lösungen zu finden.

ISBN: 978-3-98628-491-6

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**